

Script Rundschreiben Länder- und Marktinformationen

LMI_Nr. 7.docx

Länder- und Marktinformationen

Afrika

AFRIKA / FINANZDIENSTLEISTER: Visa und Mastercard mischen kräftig mit
CÔTE D'IVOIRE / AGRAR: 15 neue Fabriken zur Kautschukverarbeitung
SIMBABWE / AGRARSEKTOR: Importsteuer auf Düngemittel wird ausgesetzt
SÜDAFRIKA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Die nächsten Stufen des Niedergangs
TUNESIEN / KONJUNKTUR: Trockenheit bremst zusätzlich

Amerika

KANADA / HANDEL: Umsatz sinkt im August um 0,1%
PERU / LOGISTIK: Neuer Brückenkopf der „Seidenstraße“
USA / BAUINDUSTRIE: Aussichten bleiben gut
USA / BAUMASCHINEN: Importe steuern auf Rekord zu
USA / ELEKTRONIK: Google plant Herstellung von Pixel-Smartphones in Indien
USA / FÖRDERUNG: Mithilfe der Weltbank Beziehungen zum globalen Süden stärken

Asien/Ozeanien

CHINA / AUSSENHANDEL: Ausfuhr einiger Graphitprodukte wird eingeschränkt
CHINA / KONJUNKTUR: Wirtschaft profitiert von Stimulus – eine Wende scheint möglich
INDIEN / AUSSENHANDEL: Einheitliches Verfahren für PC-Import-Lizenzen
INDIEN / TEXTILIEN: Wo die Fäden zusammenlaufen
MONGOLEI / NAHRUNGSMITTEL: Mehr Verarbeitung im eigenen Land
SÜDKOREA / BAUINDUSTRIE: Mehr Aufträge aus Nahost und den USA

Europa

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: BMWK legt klimapolitische Leitlinien für die Exportkredit- und Investitions Garantien vor
DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: Deckungsverbesserungen bei über 30 Ländern
DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: Deutsche Exporte in Drittstaaten sinken im September
DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: Elektro-Exporte geben im August leicht nach
DEUTSCHLAND / INVESTITIONEN: KfW-ifo-Kredithürde macht Sprung nach oben
EUROPA / AUSSENHANDEL: Parlament stimmt für mehr Spielraum in Handelskonflikten
EUROPA / RECHT: Auswirkungen auf das Auslandsgeschäft
GROßBRITANNIEN / E-MOBILITÄT: Hersteller alarmiert wegen drohender Zollgebühren
NIEDERLANDE / MEDIZINTECHNIK: Philips erhöht Prognose für 2023
PORTUGAL / MEDIZINTECHNIK: EU-Zuschüsse erleichtern Investitionen
SPANIEN / PERSONAL: Beschäftigung auf Rekordniveau

Osteuropa und Zentralasien

BALKAN / UMWELTSCHUTZ: Deutschland kreditiert 1,5 Mrd Euro für das Klima
BULGARIEN / ENERGIEDISTRIBUTION: Transitgebühr für Gas aus Moskau
BULGARIEN / INVESTITIONEN: Gesetzgeber kommt nicht in die Gänge
KASACHSTAN / AUSSENHANDEL: Kein Verbot von Exporten nach Russland
KASACHSTAN / FAHRZEUGE: Zugpferd für die BRI
OSTEUROPA / INFRASTRUKTUR: EU plant neue Schwarzmeer-Verbindungen
POLEN / ENERGIEERZEUGUNG: Ausbau läuft nicht schnell genug
SERBIEN / AUSSENHANDEL: Freihandelsabkommen mit China unterzeichnet
TSCHECHIEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: EU genehmigt Milliarden-Hilfen
UKRAINE / FÖRDERUNG: Deutschland stellt neue Mittel für Wiederaufbau bereit
UKRAINE / HANDEL: Filialeröffnungen steigen trotz Kriegshandlungen deutlich
UKRAINE / WASSERVERSORGUNG: Idealziel EU-Norm
USBEKISTAN / INVESTITIONEN: Auslandskapital fließt

Naher Osten und mittlerer Osten

IRAN / INVESTITIONEN: Vom El Dorado zur No-Go-Zone

ISRAEL / WIRTSCHAFT & POLITIK: Krieg feigt Justizreform vom Tisch

KATAR / AUSSENHANDEL: Gespräche mit China werden forciert

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE / LOGISTIK: DHL übernimmt Joint Venture Danzas vollständig

Welt

WELT / BERGBAU: Aus Alt mach Neu

WELT / INFORMATIONSTECHNOLOGIE: Fake-President-Betrug wieder in Mode

WELT / KONJUNKTUR: Unternehmensinsolvenzen steigen 2023 um 6%

WELT / MASCHINENBAU: Absatz von Service-Robotern steigt um 48%

WELT / ROHSTOFFE: OPEC rechnet mit langfristig steigender Ölnachfrage

WELT / STEUERN: OECD sieht „breiten Konsens“ für internationale Reform

Anleitung:

AFRIKA / FINANZDIENSTLEISTER: VISA UND MASTERCARD MISCHEN KRÄFTIG MIT

Afrikanische Fintech-Unternehmen haben kreative Wege gefunden, um den Verbrauchern des Kontinents dabei zu helfen, ihr Geld auszugeben. Traditionelle Zahlungsdienstleister wollen mitmischen. Globale Dienstleister, darunter Mastercard und Visa, investieren Milliarden von US-Dollar in afrikanische Unternehmen, die eine starke Expansion des E-Commerce auf dem Kontinent vorangetrieben haben.

Die jüngsten Deals konzentrierten sich auf Mobilfunkbetreiber, die es Benutzern ermöglichen, Geld über einfache Mobiltelefone zu senden. Außerdem dreht es sich um Plattformen, die solche Zahlungen für Unternehmen wie Uber Technologies, Netflix oder Estée Lauder ermöglichen, ohne auf Kreditkarten oder Bankkonten angewiesen zu sein. Die Investitionen sind dem außerordentlichen Wachstum des E-Commerce in Afrika zu verdanken, wo Online-Transaktionen lange Zeit hinter anderen Regionen, insbesondere Nordamerika, hinterherhinkten. Das US-Handelsministerium geht davon aus, dass bis Ende dieses Jahres rund 435 Mio Afrikaner Geld online ausgeben, fast doppelt so viele wie vor der Corona-Pandemie. Seitdem nutzen viele Verbraucher auf dem Kontinent weiterhin elektronische Zahlungen zum Einkaufen, Lernen und für Unterhaltung.

Im August erklärte sich Mastercard bereit, eine Minderheitsbeteiligung am Fintech-Geschäft des südafrikanischen Telekommunikationsanbieters MTN Group zu übernehmen - in den USA wenig bekannt, in Afrika und im Nahen Osten jedoch ein Gigant. Laut MTN bewertet der Deal, der noch nicht abgeschlossen ist, sein Fintech-Geschäft mit 5,2 Mrd US-Dollar. Die Höhe des Anteils von Mastercard wurde nicht bekannt gegeben. Laut MTN könnte er jedoch auf bis zu 30% klettern.

Der Deal folgte auf die Ankündigung des Mastercard-Konkurrenten Visa Ende 2022, in den nächsten fünf Jahren 1 Mrd Dollar in Afrika zu investieren, um seine Aktivitäten auf dem Kontinent und insbesondere seine Reichweite im digitalen Zahlungsverkehr auszubauen. Im Rahmen dieser Zusage begrüßte das Unternehmen Anfang dieses Monats die erste Kohorte von 23 Jungunternehmen in seinem Visa-Accelerator-Programm für afrikanische Fintech-Start-ups mit Schwerpunkt auf Wachstum und Mentoring. Visa plant, nach Abschluss des Programms in ausgewählte teilnehmende Unternehmen zu investieren.

Keine Bankkonten nötig

Im Gegensatz zu beliebten Zahlungs-Apps wie Paypal oder Venmo im Westen und Alipay in China ist mobiles Geld nicht an ein zugrunde liegendes Bankkonto gebunden. Telekommunikationsdienste verarbeiten die Transaktionen und Konten werden mit Telefonnummern verknüpft. Wegen des Mangels an traditionellen Bankfilialen, der Entfernung zu den meisten ländlichen Gebieten und der Tatsache, dass viele Menschen wenig Geld verdienen, ist Afrika ein fruchtbares Terrain für mobiles Geld. MTNs Mobile-Money-Plattform Momo übertraf im vergangenen Jahr bei den Abonnenten den ursprünglichen Mobile-Money-Dienst Afrikas, M-Pesa. Momo hatte Stand Ende Juni 60,5 Mio monatlich aktive Nutzer, während M-Pesa, das 2007 in Kenia startete, Ende März den neuesten verfügbaren Daten zufolge auf 51,3 Mio monatlich aktive Nutzer kam.

Der Wert der mobilen Geldtransaktionen von MTN kletterte in den sechs Monaten bis Ende Juni im Vergleich zum Vorjahr um 62% auf 135 Mrd Dollar. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten haben afrikanische Länder eine Vielzahl unterschiedlicher Finanzdienstleistungen über mobile Geldkonten, meist über Mobiltelefone, hervorgebracht. Sie fungieren als Spar- und Girokonten, vermitteln und bieten Kredite an, wickeln Zahlungen für Unternehmen in Märkten ab, in denen es kaum Kreditkarten gibt, und ermöglichen es Afrikanern, Geld aus dem Ausland zu senden und zu empfangen.

CÔTE D'IVOIRE / AGRAR: 15 NEUE FABRIKEN ZUR KAUSCHUKVERARBEITUNG

Die Elfenbeinküste plant den Bau von 15 neuen Kautschukverarbeitungsfabriken, um die Veredelungsproduktion zu steigern, so Lamine Sanogo, Präsident des College of Rubber Workers and Processors. Damit würde die Zahl der Anlagen auf 49 ansteigen. Das Land will dadurch mehr teilveredelte Kautschukprodukte exportieren als Rohkautschuk.

Die Elfenbeinküste ist der drittgrößte Kautschukproduzent der Welt. Während die diesjährigen Herstellungszahlen noch nicht veröffentlicht wurden, erreichte die Kautschukproduktion des Landes im Jahr 2022 nach Angaben der Regierung und der Industrie eine Rekordmenge von 1,33 Mio t.

SIMBABWE / AGRARSEKTOR: IMPORTSTEUER AUF DÜNGEMITTEL WIRD AUSGESETZT

Simbabwe hat seinen Einfuhrzoll auf Stickstoffdünger ausgesetzt, um die Kosten für Betriebsmittel für seine Landwirtschaft zu senken. Grund sind Befürchtungen, dass das herrschende El-Niño-Wettermuster die Erträge in der laufenden Saison beeinträchtigen dürfte. In den vergangenen zwei Jahren hatten die simbabwischen Erzeuger bereits mit hohen Düngemittelpreisen zu kämpfen, die zunächst durch den Anstieg der Erdgaspreise in die Höhe getrieben wurden. Dadurch stiegen die Kosten für die Stickstoffproduktion bereits im Jahr 2021. Im vergangenen Jahr dann noch einmal durch den Einmarsch des Hauptproduzenten Russland in die Ukraine.

In Simbabwe stiegen die Düngemittelpreise in diesem Zeitraum um etwa 30%. Das chronisch von Nahrungsmittelknappheit geplagte Simbabwe werde daher die zollfreie Einfuhr von bis zu 250.000 t Harnstoff und Ammoniumnitrat erlauben, heißt es in einer Mitteilung der Regierung, die Reuters am Mittwoch vorlag. Das 15 Mio Einwohner zählende Land im südlichen Afrika hatte in den vergangenen zwei Jahrzehnten Schwierigkeiten, sich selbst zu ernähren, seit der frühere Präsident Robert Mugabe ein Landumverteilungsprogramm vorgenommen hatte. Das hatte zu einem Zusammenbruch der dortigen Agrarwirtschaft geführt.

SÜDAFRIKA / WIRTSCHAFT & POLITIK: DIE NÄCHSTEN STUFEN DES NIEDERGANGS

Südafrikas Wirtschaft wird seit längerem durch die hausgemachte Energiekrise mit weitreichenden Stromsperrern stark behindert. Die Ursachen liegen in der dreisten Korruption und Ausplünderung der Staatsbetriebe in der Zuma-Ära, namentlich beim staatlichen Versorger Eskom. Gut bezahlte Positionen auf der Leitungsebene wurden nach politischer Loyalität und Nützlichkeit vergeben.

Teil der Belohnung war die Gelegenheit, die Kompetenzen innerhalb der Unternehmen zu Geschäften zugunsten des eigenen Kontos zu beeinflussen. Das finanziell ausgeblutete Unternehmen konnte unter diesen Voraussetzungen weder die Instandhaltung noch die notwendigen Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen leisten.

Diese Plünderung beschränkte sich natürlich nicht nur auf Eskom, sondern fand auch bei der staatlichen Bahngesellschaft (Transnet) und den Wasserversorgern statt. Die Folgen werden jetzt spürbar. Der Minister für Wasserangelegenheiten, Senzo Mchunu, musste nun zugeben, dass es auch bei der Wasserversorgung in großem Maßstab zu Rationierungen kommt. Betroffen sind jetzt nicht mehr nur entlegene, ländliche Gebiete, auch in der Wirtschaftsmetropole Johannesburg gehört es zum Alltag, dass reihum Stadtteile von der Wasserversorgung getrennt und trocken gelegt werden. Das Problem hat mittlerweile zwei Schwerpunkte: Der Ausbau der Beschaffungsseite, also der Bau von Staudämmen, Reservoirs und Brunnen ist in der Zuma-Ära gegen Null gegangen. Der auch in Südafrika fühlbare Klimawandel tut ein Übriges. Indes ist mittlerweile auch klar, dass selbst bei vollen Dämmen gravierende Versorgungsprobleme bleiben. Die Infrastruktur mit Leitungsnetz,

Aufbereitungs- und Pumpanlagen ist marode. Nach Angaben von Johannesburg Water, dem Betreiber des 10.957 km langen lokalen Versorgungsnetzes, kommt es jeden Monat zu etwa 4.190 Rohrbrüchen, sehr grob gerechnet also 5 Rohrbrüche für jeden km Leitung innerhalb eines Jahres. Der Investitionsbedarf für die Sanierung der Infrastruktur soll sich bereits auf 20 Mrd Rand (rund 1 Mrd Euro) belaufen.

Bergbau setzt Ablösung der TFR-Spitze durch



Die mangelnde Wartung des Schienennetzes lässt das Transportvolumen sinken

Noch stärker dürften die Probleme bei der Bahngesellschaft Transnet, vor allem der Güterverkehrstochter Transnet Freight Rail (TFR) zu Buche schlagen. Namentlich Südafrikas Bergbauindustrie ist darauf angewiesen, dass Kohle, Erze und andere Minerale zur Verschiffung ins Ausland, in die Häfen abtransportiert werden. Die Leistungen sind so schlecht geworden, dass der Minerals Council South Africa, der 80% der Bergbauindustrie vertritt, lautstark die Ablösung der TFR-Spitze gefordert und durchgesetzt hat.

Das Transportvolumen ging auf insgesamt 149,5 Mio t nach 173,1 Mio im Vorjahr zurück. Ursache war nicht mangelnde Nachfrage, sondern eine Häufung von Unfällen. Auch für die Bahn gilt, dass die Infrastruktur durch mangelnde Instandhaltung und Ersatzinvestitionen abgewirtschaftet ist. Daher gibt es immer wieder Unfälle, die den Betrieb erheblich verzögern. Für das im März abgeschlossene Geschäftsjahr musste Transnet einen Verlust von umgerechnet 5,7 Mrd Euro hinnehmen. Im Hintergrund stehen zudem Schulden in Höhe von 30,1 Mrd Rand.

Da parallel zur Plünderung der Staatsunternehmen in der Zuma-Ära auch die Verschuldung soweit aufgebläht wurde, dass Südafrika bei den Rating-Agenturen von der Investmentqualität in den spekulativen Bereich („junk“) abgestuft wurde, sind die Möglichkeiten der Kreditbeschaffung eng begrenzt. Besonders schmerzhaft schlägt zu Buche, dass damit auch die Möglichkeit der Finanzierung im heimischen Rand deutlich geschrumpft ist: Die Geldbeschaffung für eine Sanierung ist damit auch sehr viel teurer, letztlich wohl illusorisch geworden.

TUNESIEN / KONJUNKTUR: TROCKENHEIT BREMST ZUSÄTZLICH

Internationale Beobachter hatten für Tunesien ursprünglich eine stabilere Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2023 vorausgesagt. Aber die starke Trockenheit führte im zweiten Quartal 2023 zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion um über 12%.

Insgesamt stieg die Wirtschaftsleistung damit von April bis Juni real nur noch um 0,6%. Für das Gesamtjahr setzte die Economist Intelligence Unit ihre Wachstumsprognose von 1,8 auf 1,3% herunter. Die Landwirtschaft spielt eine wichtige Rolle für die tunesische Wirtschaft. Zwar trägt der Sektor nur gut 10% zum BIP bei, beschäftigt aber knapp ein Fünftel der Arbeitnehmer.

Schwächelnde EU könnte zu Exportrückgängen führen

Wirtschaftliche Entwicklung 2022 bis 2024 in Tunesien

(reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr) *

	2022	2023	2024
BIP	+2,4%	+1,3%	+1,5%
Leistungsbilanzsaldo (BIP)	-8,5%	-5,8%	-5,8%
Bruttoanlageinvestitionen	+0,7%	+0,2%	+0,2%
Privater Verbrauch	+1,7%	+2,9%	+0,3%

* Schätzung/Prognose für 2023 und 2024 sowie Leistungsbilanzsaldo 2022./Quelle: Economist Intelligence Unit (EIU) September 2023

Die hohe Inflation und Arbeitslosigkeit werden voraussichtlich auch in den nächsten Jahren die Binnennachfrage dämpfen. Und auch die externe Nachfrage ist ungewiss, denn die europäischen Volkswirtschaften wachsen langsamer als erhofft. Für 2023 hat die EU-Kommission ihre Wachstumsprognose auf real 0,8% nach unten korrigiert. Für 2024 wird - anstelle von 1,7% - nur noch ein BIP-Wachstum von 1,4% erwartet. Eine Herausforderung für die tunesischen Exporteure, denn etwa 70% der Ausfuhren gehen in die EU. In der Textil- und Kfz-Industrie ist das Land stark in internationale Lieferketten eingebunden.

Wenn Strukturreformen weiter ausbleiben, erwarten die Analysten der Economist Intelligence Unit in den nächsten Jahren ein Wirtschaftswachstum von real unter 2%. Vor allem die Staatsfinanzen sind ein Grund zur Sorge. Laut Schätzungen des Internationalen Währungsfonds wird die Staatsverschuldung in diesem Jahr bei 80% des BIP liegen. Zum Vergleich: Im Jahr 2016 waren es noch etwa 60%.

Um den Staatshaushalt zu entlasten, müsste sich etwas an der Struktur der Ausgaben ändern. Weniger als 10% der gesamten Ausgaben nutzt der Staat, um in Infrastruktur, Gesundheitswesen und Bildung zu investieren. Im ersten Halbjahr 2023 wurden über drei Viertel der Ausgaben für Lohnzahlungen und Subventionen verwendet.

Subventionen und Löhne belasten den Haushalt

In Tunesien werden Grundnahrungsmittel und Kraftstoffe zu subventionierten Preisen verkauft. Bei steigenden Weltmarktpreisen für Getreide und Energieträger muss der Staat also immer mehr ausgeben, um die Preise niedrig zu halten. Immer wieder kommt es auch zu Versorgungsengpässen, beispielsweise bei Mehl, Reis oder Zucker.

Eigentlich waren Reformen zum Abbau der Subventionen und zum Umbau des Staatssektors mit dem IWF vereinbart worden. Staatspräsident Kais Saied hat die Umsetzung des 1,9-Mrd-US-Dollar-Programms aber im Frühjahr 2023 gestoppt. Er begründete den Schritt mit der Befürchtung, dass ein weiterer Abbau der Subventionen die soziale Krise im Land verschärfen könnte.

Der Subventionsabbau ist ein sensibles Thema, denn die sogenannten Brot-Unruhen haben sich in das kollektive Gedächtnis der Tunesier eingebrannt. Zum Jahreswechsel 1983/1984 kam es als Reaktion auf eine starke Erhöhung der Brotpreise zu gewaltsamen Protesten mit geschätzt 100 Toten. Davor hatte sich die damalige Regierung mit dem IWF auf eine Kürzung der Subventionen für Nahrungsmittel geeinigt. Und auch eine Umstrukturierung oder Privatisierung der teils hoch verschuldeten Staatsunternehmen hätte soziale Folgen. Denn bereits jetzt liegt die offizielle Arbeitslosenquote in Tunesien bei 15,6%.

Devisenreserven erholen sich etwas

Dabei gab es in den letzten Monaten durchaus etwas Entlastung für den Staatshaushalt. Die Tourismuseinnahmen und die Rücküberweisungen der Auslandstunesier stiegen - beides wichtige Devisenquellen. Die Einnahmen aus dem Tourismus erreichten im ersten Halbjahr sogar 665 Mio Euro, ein Plus von über 50% im Vergleich zur Vorjahresperiode.

Hinzu kamen Kredite der Afrikanischen Export-Import-Bank (Afreximbank) und Saudi-Arabiens. Damit liegen die Währungsreserven derzeit bei umgerechnet fast 8 Mrd Euro, was einer Importdeckung von knapp vier Monaten entspricht.

Ein mehrjähriges Programm mit dem IWF würde dem tunesischen Staat mehr Planungssicherheit geben. Es geht hier auch nicht ausschließlich um die 1,9 Mrd US-Dollar. Von einer Reformagenda hängen auch weitere Finanzausgaben anderer internationaler Geber, wie zum Beispiel der EU, ab. Diese hatte Tunesien 900 Mio Euro an Makrofinanzhilfe in Aussicht gestellt - vorbehaltlich eines IWF-Abkommens.

Weitere 150 Mio Euro sind zudem als Budgethilfe und 105 Mio Euro für den Kampf gegen die irreguläre Migration geplant. Am 22. September 2023 hat die EU-Kommission angekündigt, 60 Mio Euro an Budgethilfe als Teil eines früheren Programms und 67 Mio Euro für den Kampf gegen Schleuser auszus zahlen.

Amerika

KANADA / HANDEL: UMSATZ SINKT IM AUGUST UM 0,1%

Die kanadischen Einzelhändler verzeichneten im August den ersten Umsatzrückgang seit fünf Monaten, und die ersten Anzeichen deuten darauf hin, dass die Kauflust der Verbraucher auch im September gering war. Die schwachen Einzelhandelsumsätze fügen sich in das gemischte Bild einer Wirtschaft ein, deren Wachstum sich seit Jahresbeginn verlangsamt hat, wobei die Umsätze im August den dritten Monat in Folge gesunken sind.

Wie Statistics Canada mitteilte, gingen die Umsätze gegenüber dem Vormonat um 0,1% auf saisonbereinigte 66,08 Mrd kanadische Dollar (rund 48,16 Mrd US-Dollar) zurück. Der Rückgang war bescheidener als die vorläufige Schätzung der Datenagentur, die ein Minus von 0,3% prognostizierte, und folgt auf einen nach oben korrigierten Anstieg der Umsätze im Juli um 0,4%. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Einzelhandelsumsätze um 1,6%.

Ökonomen gehen davon aus, dass die kanadische Wirtschaft auch im dritten Quartal des Jahres nur schleppend vorankam, nachdem sie im Vorquartal leicht geschrumpft war, da die nach wie vor hohe Inflation und die seit mehr als einem Jahr erhöhten Zinssätze die Nachfrage belasten. Das Bruttoinlandsprodukt auf Industrieebene blieb im Juli gegenüber dem Vormonat im Wesentlichen unverändert, und eine erste Schätzung deutet auf ein Wachstum von nur 0,1% im August hin, als die Umsätze des verarbeitenden Gewerbes vor allem dank höherer Preise zunahmen.

Die Bank of Canada wird ihre Prognosen für die Wirtschaft nächste Woche aktualisieren, wenn die Entscheidungsträger über die Zinssätze zusammenkommen. Die Zentralbank hat ihren Leitzins im vergangenen Monat auf dem 22-Jahres-Hoch von 5% belassen, nachdem sie ihn im Juni und Juli um jeweils einen Viertelpunkt erhöht hatte.

Hohe Zinsen belasten

Eine kürzlich veröffentlichte Umfrage unter Verbrauchern deutet darauf hin, dass sich die höheren Zinsen auf größere Anschaffungen auswirken: Die meisten Haushalte planen keine Käufe, die wahrscheinlich mit einem Kredit finanziert werden, und beabsichtigen in den kommenden sechs Monaten weniger größere Anschaffungen von Waren und Dienstleistungen als in den vergangenen sechs Monaten. Und obwohl die Umfrage ergab, dass die Verbraucher weiterhin optimistisch sind, was die Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarktes angeht, bleiben die steigenden Lebenshaltungskosten die größte Sorge.

Die Einzelhandelsdaten für August zeigen, dass die Verbraucher den zweiten Monat in Folge weniger bei Kraftfahrzeug- und Teilehändlern ausgaben. Dies wurde teilweise durch einen Anstieg der Umsätze an Tankstellen und bei Kraftstoffhändlern aufgrund höherer Preise ausgeglichen.

Lässt man dies außer Acht, so sanken die Einzelhandelsumsätze im Vergleich zum Juli, in dem sie stark gestiegen waren, um 0,3%, Statistics Canada mit. Die Umsätze mit Lebensmitteln und

Getränken sowie in geringerem Maße mit Sportartikeln, Büchern sowie sonstigen Artikeln waren in diesem Monat rückläufig.

Auf preisbereinigter oder volumenbezogener Basis gingen die Einzelhandelsumsätze gegenüber dem Vormonat um 0,7% zurück, nachdem sie bereits im Juni und im Juli um 0,2% gesunken waren.

Der Streik der Hafentarbeiter an der kanadischen Westküste trug zur Umsatzschwäche im August bei, wobei etwa 12 % der Einzelhändler berichteten, dass ihre Geschäftstätigkeit beeinträchtigt wurde, so die Datenagentur.

PERU / LOGISTIK: NEUER BRÜCKENKOPF DER „SEIDENSTRAßE“

In Chancay etwa 80 km nördlich der peruanischen Hauptstadt Lima errichtet die COSCO Shipping Ports Limited (60%) zusammen mit der peruanischen Volcan Compañía Minera (40%) ein neues Mehrzweck-Terminal und einen Tiefwasserhafen mit einem Investitionsbudget von über 3 Mrd US-Dollar, wie aus Unternehmensmitteilungen hervorgeht. Hinzu kommt ein Tunnel, der die Anbindung des Hafens zum Straßen- und Bahnnetz sichern soll. Hafen und Terminal sollen, trotz Problemen durch einen Erdbeben im Zuge der Bauarbeiten, planmäßig im vierten Quartal 2024 in Betrieb gehen, so COSCO in einer Mitteilung.



Hafen und Terminal sollen im vierten Quartal 2024 betriebsbereit sein

Das Projekt hat das Potenzial, die Logistiklandschaft Südamerikas nachhaltig zu verändern und auf den China-Handel auszurichten. Das Terminal soll Schiffe mit einer Kapazität von bis zu 18.000 TEU bedienen können, die zu den größten Schiffen der Welt zählen (um 200.000 tdw). Auf absehbare Zeit wird es auf dem Subkontinent keinen anderen Hafen mit vergleichbaren Möglichkeiten geben. Allein dies wird Chancay zu einem logistischen Drehkreuz machen, das einen bedeutenden Teil des Frachtverkehrs des Kontinents an sich zieht, meint „The Diplomat“.

Überfahrten verkürzen sich deutlich

Zudem stellt dieser Port eine direkte Verbindung zwischen Asien und Südamerika her, wodurch sich die Überfahrtszeiten über den Pazifik erheblich verkürzen werden. Sobald der Hafen in Betrieb ist, wird sich die Transitzeit von Südamerika her um 10 Tage verkürzen. Das schlägt bei Charrerraten pro Tag ab 50.000 Dollar aufwärts erheblich zu Buche. Hintergrund ist die Ausrichtung der transpazifischen Routen auf die US-Häfen, namentlich Los Angeles. Zur Zeitersparnis hinzu kommt der Vorteil durch die größeren Schiffe, die geringere Frachtraten erlauben.

China hat bereits die USA als wichtigsten Handelspartner Lateinamerikas abgelöst und seine Präsenz durch bedeutende Infrastrukturprojekte wie den Hafen von Chancay, aber auch durch Investitionen im Bergbausektor und in wichtigen Bereichen wie Telekommunikation, Lithium, Energieentwicklung und sogar Weltraumforschung abgesichert. China hat sich zu einem wichtigen Akteur in der Region entwickelt.

Beijings „Belt-and-Road“-Programm nutzt die Investitionen und Kredite als Instrumente um politischen Einfluss zu gewinnen, das gilt auch in Ländern wie Peru. Mittlerweile haben alle lateinamerikanischen Länder entsprechende chinesische Kredite aufgenommen. Die Investitionen zielen auf sensible Sektoren. Das gilt auch für den neuen Hafen, der auf die Anbindung des so genannten „Lithiumdreieck“ zielt, das Argentinien, Bolivien und Chile umfasst. Angesichts der strategischen Bedeutung dieser Ressourcen für die Weltwirtschaft ist es nur natürlich, dass Großmächte wie China und die Vereinigten Staaten ihre Präsenz in der Region verstärken wollen.

Diese Konstellation löst in den USA große Besorgnis aus, die erstmals seit 150 bis 200 Jahren ihre strategische Dominanz in den Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern durch das Mega-Projekt von Chanay bedroht sehen. Das ist ein Meilenstein für Chinas wachsenden globalen Einfluss und unterstreicht die Fortschritte, die die Expansionsstrategie Beijings auch in Lateinamerika erzielt hat.

USA / BAUINDUSTRIE: AUSSICHTEN BLEIBEN GUT

US-Medien diskutieren viel über die Krise und einen möglichen "Crash" des heimischen Immobiliensektors. Doch das ist nur die Hälfte der Wahrheit. So befinden sich sämtliche Sparten des Hochbaus - außer dem privaten Wohnungsbau - im Aufwind.

Selbst der schwächelnde Häusermarkt bietet umfangreiche Geschäftschancen für Anbieter von Gebäudetechnik. Energiesparendes Bauen und Sanieren gewinnt in dem Segment zunehmend an Bedeutung.

Auch der gewerbliche Hochbau setzt auf Energieeffizienz. Zahlreiche Förderprogramme der Zentralregierung und der Bundesstaaten fachen die Nachfrage an. Es herrscht eine Art Goldgräberstimmung, denn Energieeffizienz spielte in den Vereinigten Staaten bislang kaum eine Rolle. In den Betrieben fehlen entsprechende Fachkenntnisse. Auch die Ausbildung an den Universitäten hat hier Nachholbedarf. Deutsche Anbieter sind teils weit voraus.



Zahlreiche Förderprogramme heizen den Absatz von Wärmepumpen an

Weitere Geschäftschancen ergeben sich in den Bereichen Sicherheits-, Klima- und Aufzugstechnik. So lieferten deutsche Anbieter gemäß der U.S. International Trade Commission 2022 Aufzüge und Rolltreppen im Wert von gut 600 Mio US-Dollar in die Vereinigten Staaten, ein Plus von 20% gegenüber dem Vorjahr. Im ersten Halbjahr 2023 beschleunigte sich das Wachstum im Vergleich zu 2022 auf 47%.

Schalttechnik für den Niedrig- und Mittelspannungsbereich stellte 2022 mit 1,7 Mrd Dollar die größte Importposition dar. Allerdings ist ein Teil dieser Einfuhren auch für Branchen jenseits des Hochbaus bestimmt. Deutsche Anbieter sind insbesondere im Bereich Mittelspannungstechnik gut aufgestellt. Entsprechende Schaltkästen kommen unter anderem bei größeren gewerblichen und kleineren industriellen Bauten zum Einsatz. Der private Wohnungsbau, der überwiegend aus Einfamilienhäusern besteht, spielt als Absatzsparte hier keine große Rolle.

China liegt vorn bei Klimatechnik

Bei Kältetechnik gibt es eine harte Konkurrenz von Seiten US-amerikanischer und asiatischer Anbieter. So ist beispielsweise China traditionell der mit weitem Abstand größte Hersteller und Exporteur von Klimaanlage der Welt. Ganz ähnlich sieht die Situation bei Sicherheitstechnik aus. Das

Reich der Mitte verfügt insbesondere bei Überwachungstechnik über einen großen Wettbewerbsvorsprung und setzt auf diesem Gebiet massiv Künstliche Intelligenz ein. In beiden Bereichen bestehen für deutsche Anbieter Marktchancen in Nischen.

Beim Thema Heiztechnik können sie zudem von einer steigenden Nachfrage nach Wärmepumpen profitieren. Das Wachstumspotenzial ist riesig, denn der Markt ist längst noch nicht gesättigt. Laut Zahlen der U.S. Energy Information Administration verfügten 2020 landesweit erst 15% der Haushalte über Wärmepumpen als primäre Heizquelle. Das Marktvolumen soll gemäß Global Market Insights zwischen 2020 und 2030 von 13,5 Mrd auf 22,2 Mrd Dollar steigen.

Tourismus und Weltmeisterschaft heben Nachfrage

Spezialanbieter von Großküchentechnik und Hotelausstattungen wiederum können von der florierenden Konjunktur des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes profitieren. Die auflebende Reise lust nach der Pandemie facht das Geschäft an. Die Fußballweltmeisterschaft 2026, die in den Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko stattfindet, sorgt für zusätzlichen Aufwind.

Die Zahl der in den USA geplanten Hotelprojekte hat einen Rekordwert erreicht. Nach Angaben von Lodging Econometrics befanden sich zum Ende des zweiten Quartals 2023 fast 5.600 Hotelprojekte mit rund 660.000 Zimmern in der Pipeline. Gemessen an der Anzahl der Vorhaben und der geplanten Zimmer lagen die Vereinigten Staaten damit deutlich vor China auf Rang eins weltweit. Zusätzlich werden noch einmal fast 1.100 Häuser mit mehr als 100.000 Betten renoviert beziehungsweise umgebaut.

Kaum Protektionismus bei privaten Projekten

Der Hochbausektor bietet für ausländische Anbieter einen entscheidenden Vorteil: Da es sich überwiegend um private Vorhaben handelt, haben die Projektbetreiber weitgehend unternehmerische Freiheit bei der Auswahl ihrer Zulieferer. Es gibt praktisch keine Vorschriften zur Erbringung eines Mindestanteils an lokaler Wertschöpfung ("local content").

Bei öffentlichen Vorhaben, wie zum Beispiel beim Bau von Verwaltungsgebäuden, Schulen oder Krankenhäusern, sind solche Vorschriften hingegen gebräuchlich. Es kommt dann jeweils eines der beiden Gesetze "Buy America" oder "Buy American" zum Tragen.

Allerdings erweisen sich diese Vorschriften als stumpfe Waffe, wenn es keine alternativen inländischen Anbieter gibt. Gerade bei öffentlichen Neubauten gelten strengere Vorgaben bezüglich Energieeffizienz oder Nachhaltigkeit als im privaten Bereich. Entsprechende Technologie lässt sich oft nur im Ausland kaufen.

Die Zweiteilung des Hochbaus dürfte bis auf Weiteres anhalten. Während die gewerblichen Sparten lebhaft bleiben, kommt der private Wohnungsbau nicht aus seiner Flaute heraus. Er leidet unter den hohen Hypothekenzinsen und den gestiegenen Baukosten.

Eine Trendwende zeichnet sich noch nicht ab. Die US-Notenbank Fed warnte Mitte August, dass weitere Zinsanhebungen nicht ausgeschlossen seien. Allerdings erwarten Analysten - nach dem vorhergehenden Erhöhungsmarathon - keine allzu einschneidenden Schritte mehr, da die Inflationsrate im Juni und Juli im Jahresvergleich jeweils nur noch bei rund 3% lag. Damit bewegte sie sich schon recht nahe am 2%-Ziel der Zentralbank. Deshalb ist anzunehmen, dass sich die Hypothekenzinsen allenfalls leicht erhöhen werden.

USA / BAUMASCHINEN: IMPORTE STEUERN AUF REKORD ZU

Der Bausektor in den USA ist praktisch zweigeteilt. Auf der einen Seite schwächelt der private Wohnungsbau. Er leidet unter den stark gestiegenen Hypothekenzinsen und Baukosten. Auf der anderen Seite boomt die Infrastruktursparte. Sie bekommt die stärksten Impulse von dem im November 2021 verabschiedeten Infrastructure Investment and Jobs Act. Er sieht bis 2026 Zuschüsse in Höhe von 1,2 Bill Dollar vor.

Die hohen Investitionen in die Infrastruktur sorgen für eine kräftige Nachfrage nach technisch anspruchsvollen Maschinen für den Infrastruktur- und Tiefbau. Das bietet Chancen für ausländische Anbieter, denn hier dominieren vielfach Tochtergesellschaften internationaler Konzerne

beziehungsweise Joint Ventures mit US-amerikanischen Unternehmen das Geschehen. Sie haben ihr Personal in den letzten Jahren teils deutlich aufgestockt.



Deutsche Unternehmen sind bei Straßenwalzen und Bodenverdichter führend

Die wachsende Nachfrage zeigt sich auch an den steigenden Einfuhren von Baumaschinen. Nach Angaben der U.S. International Trade Commission importierten die Vereinigten Staaten im Jahr 2022 Bau- und Bergbaumaschinen im Wert von 19 Mrd Dollar - ein sattes Plus von 35% gegenüber dem Vorjahr. In den ersten fünf Monaten 2023 setzte sich der Aufwärtstrend ungebremst fort, so dass die Importe bis zum Dezember 24 Mrd Dollar erreichen dürften. Das wäre eine weitere Zunahme um 26%.

Gleichzeitig verfestigt sich ein weiterer Trend: Die Ausfuhren sind in den letzten Jahren weniger stark gestiegen als die Einfuhren von Bau- und Bergbaumaschinen. Lagen die Nettoimporte, also die Einfuhren abzüglich der Ausfuhren, 2017 noch bei gut 1 Mrd Dollar, könnten es 2023 rund 9 Mrd werden. Demnach scheinen die USA international an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Allerdings machte der Infrastrukturbereich nach Angaben des nationalen Statistikamtes im ersten Halbjahr 2023 nur ein Fünftel der gesamten Bauleistung aus. Der Rest entfiel auf den Hochbau, wobei der private Wohnungsbau mit 45% eine entscheidende Rolle spielte. Er durchläuft eine ausgeprägte Schwächephase. Die Zahl der Neubauprojekte ist in den ersten sechs Monaten 2023 um 15% zum Vorjahr zurückgegangen.

Für 2023 rechnet das Marktforschungsunternehmen insgesamt mit einer Seitwärtsbewegung. Dabei dürften sich Absatzzuwächse bei technisch anspruchsvollen Maschinen und weitere Rückgänge beim Verkauf einfacher Anlagen die Waage halten.

Laut IBISWorld gibt es dieses Jahr rund 630 Branchenunternehmen. Zusammen beschäftigen sie etwa 52.000 Mitarbeiter, wobei die Zahl ihrer Angestellten in den letzten Jahren kontinuierlich gefallen ist. Das hat auch mit dem Konzentrationsprozess innerhalb des Sektors zu tun. Große Konzerne haben kleinere Konkurrenten übernommen und Personal reduziert.

Deutsche Anbieter dominieren in Nischen

Deutsche Anbieter spielen in bestimmten Nischen eine dominierende Rolle. Dies gilt für Straßenwalzen und Bodenverdichter, Maschinen für den Straßenbau sowie Tiefbohrmaschinen. 2022 stiegen die deutschen Lieferungen in die USA um 41% auf knapp 1,7 Mrd Dollar. In den ersten fünf Monaten 2023 verstärkte sich der Zuwachs sogar leicht auf 43%. Damit dürften die deutschen Maschinenbauer ihre Lieferungen bis Dezember auf bis zu 2,4 Mrd Dollar erhöhen.

Private Projektträger, die mehrheitlich im Hochbau tätig sind, unterliegen keinen Anforderungen an die lokale Wertschöpfung. Sie verfügen über weitgehende unternehmerische Entscheidungsfreiheit. Die Hersteller müssen bei ihren Verkaufsbemühungen auch die Umweltgesetze bezüglich Verwendung, Transport und Entsorgung der in den Baumaschinen verwendeten Materialien beachten. Zusätzlich hat die US-Umweltschutzbehörde EPA Verwaltungsbestimmungen zu Abgasobergrenzen erlassen, die auch für Baumaschinen mit Verbrennungsmotoren gelten.

USA / ELEKTRONIK: GOOGLE PLANT HERSTELLUNG VON PIXEL-SMARTPHONES IN INDIEN

Die Alphabet-Tochter Google plant die Herstellung von Pixel-Smartphones in Indien und schließt sich damit dem Smartphone-Hersteller Apple an, der seine Lieferkette von China weg diversifiziert.

Google wird mit der neuesten Pixel 8-Serie beginnen, die Anfang 2024 erhältlich sein wird, so das Unternehmen in einer Erklärung. Google „wird mit internationalen und einheimischen Herstellern zusammenarbeiten, um Pixel-Smartphones vor Ort zu produzieren“, als Teil der „Make in India“-Initiative des Landes, so der Konzern.

Aufgrund wachsender Sorgen über geopolitische Spannungen und Engpässe in der Lieferkette während der Pandemie haben Technologieunternehmen ihre Produktion schrittweise aus China verlagert. Apple hat seine Pläne zur Verlagerung seiner Lieferkette aus China beschleunigt und stellt nun Geräte in Ländern wie Indien und Vietnam her.

USA / FÖRDERUNG: MITHILFE DER WELTBANK BEZIEHUNGEN ZUM GLOBALEN SÜDEN STÄRKEN

Seit einem Jahr reist Finanzministerin Janet Yellen um die Welt, um einer 79 Jahre alten Säule der von den USA geführten internationalen Ordnung neues Leben einzuhauchen: der Weltbank. Diese Bemühungen basieren auf dem ernst gemeinten Wunsch, Entwicklungsländern dabei zu helfen, die Armut zu beenden, sich von der Corona-Pandemie zu erholen und sich an den Klimawandel anzupassen.

Aber es gibt noch ein anderes Motiv. Diese Länder gilt es, davon zu überzeugen, dass die von den USA geführte internationale Ordnung immer noch der von China überlegen ist. Dass viele Mitglieder des „Globalen Südens“ dies möglicherweise nicht unbedingt so sehen, wurde vergangenes Jahr schmerzhaft deutlich. Viele von ihnen weigerten sich, Russlands Invasion in der Ukraine zu verurteilen oder gar sich den westlichen Sanktionen gegen Moskau anzuschließen.



Die Jahrestagung sollte eine Anhebung der Kreditvergabekapazität mit sich bringen

Dann wären da noch die Finanzgespräche, und im vergangenen Jahrzehnt hat China mehr davon angeboten als die Weltbank. Dieses Ungleichgewicht zu beseitigen, ist eines von Yellens Hauptzielen. Die Eigner der Weltbank, von denen die USA der größte ist, haben bereits Schritte gebilligt, die die Kreditvergabekapazität der Bank im kommenden Jahrzehnt um 50 Mrd Dollar erhöht. Auf der Jahrestagung des Geldinstituts in Marrakesch diskutieren sie über Maßnahmen, die den Betrag um weitere 100 Mrd Dollar anheben können. Im Juni hatten die Weltbank und ihre Tochtergesellschaften Kredite in Höhe von insgesamt 460 Mrd Dollar ausstehend.

Der IWF soll kurzfristige Kredite gewähren, um vorübergehende finanzielle Schwierigkeiten zu lindern. Die Weltbank stemmt dagegen langfristige Kredite, um die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen. In den 1970er und 1980er-Jahren verschuldeten sich viele Entwicklungsländer hoch bei westlichen Kreditgebern. Ihre Schulden wurden schließlich umstrukturiert. 1996 starteten die

beiden Institutionen eine Initiative zur vollständigen Schuldentilgung der ärmsten Länder. Die Idee dahinter: Die meiste Hilfe sollte in Form von Zuschüssen und vergünstigten Darlehen erfolgen - also mit relativ einfachen Rückzahlungsbedingungen.

China trat in das entstandene Vakuum. Brad Setser, ehemaliger Volkswirt des US-Finanzministeriums berechnete, dass die Weltbank und andere multilaterale Banken von 2011 bis 2019 rund 241 Mrd Dollar an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen verliehen haben. Im gleichen Zeitraum vergaben chinesische Banken Darlehen in Höhe von 473 Mrd Dollar. Die Zahlen seien nicht genau vergleichbar, da einige chinesische Kredite an wohlhabendere Kreditnehmer gingen oder eine indirekte staatliche Steuerung des Wechselkurses widerspiegelten, räumt Setser ein.

Im Gegensatz zur Weltbank und ihren regionalen Pendanten vergeben chinesische Banken Kredite meist zu kommerziellen Konditionen. Sie gehen oft an heimische Unternehmen, beispielsweise diejenigen, die an der Seidenstraßen-Initiative beteiligt sind. Zudem stellen die Chinesen seltener unangenehme Fragen zu Korruption, Menschenrechten oder Umweltauswirkungen.

Asien/Ozeanien

CHINA / AUSSENHANDEL: AUSFUHR EINIGER GRAPHITPRODUKTE WIRD EINGESCHRÄNKT

China wird ab Dezember zusätzliche Ausfuhrbeschränkungen für ausgewählte Graphitprodukte verhängen, berichtet „South China Morning Post“. Es ist der jüngste Schritt zur Sicherung kritischer Rohstoffe angesichts der zunehmenden Spannungen mit den USA. Graphit wird in großem Umfang für die Herstellung von Batterien, Brennstoffzellen und Schmiermitteln für den Maschinenbau, die Petrochemie sowie der Luft- und Raumfahrt verwendet. Die Nachfrage ist durch die Hersteller von E-Autos in den letzten Jahren stark gestiegen.

China ist der Hauptlieferant und -produzent von Naturgraphit und lieferte nach Angaben des US Geological Survey 2022 rund 65% des weltweiten Gesamtangebots. Zu den neun betroffenen Produkten gehören drei Arten von hochreinem, hochfestem und hochdichtem künstlichem Graphit und dessen Erzeugnisse, sowie sechs Arten von natürlichem Flockengraphit und damit zusammenhängende Produkte.

CHINA / KONJUNKTUR: WIRTSCHAFT PROFITIERT VON STIMULUS – EINE WENDE SCHEINT MÖGLICH

Chinas Wirtschaft hat sich im dritten Quartal 2023 abgeschwächt. Der schrumpfende Immobiliensektor hat das Wachstum belastet, jedoch deuten die steigenden Einzelhandelsumsätze darauf hin, dass die Konjunkturmaßnahmen zu greifen beginnen und die Schwächephase überwunden ist. Dennoch dürfte die Wirtschaft noch eine Weile zu kämpfen haben, sagen Ökonomen.

Die Wirtschaft wuchs im dritten Quartal um 4,9% im Vergleich zum Vorjahr, teilte das Statistikamt mit. Damit verlangsamte sich das Wachstum im Vergleich zu den 6,3% des zweiten Quartals. Allerdings profitierte diese Zahl durch den Vergleich mit dem Vorjahresquartal 2022, als die Großstädte coronabedingt im Lockdown waren. Mit dem Ergebnis für das dritte Quartal liegt Chinas Wachstumsrate für das laufende Jahr bei 5,2% und bleibt damit auf Kurs für das Ziel der Regierung, für das gesamte Jahr ein Wachstum von etwa 5% zu erreichen.



Der Immobiliensektor ist das große Sorgenkind der chinesischen Wirtschaft

Der Immobilienmarkt bleibt ein großes Risiko, da der Verkauf von Häusern einbricht und die Baufirmen China Evergrande Group und Country Garden mit hohen Schulden zu kämpfen haben. Das Verbrauchervertrauen ist fragil, und das globale Umfeld verdunkelt sich aufgrund des Krieges zwischen Israel und der Hamas.

Längerfristig sieht sich China mit einer ganzen Reihe von Problemen konfrontiert, darunter die frostigen Beziehungen zum Westen unter Führung der USA, die Verschlechterung der demographischen Situation und die schwierige Neuausrichtung der Wirtschaft auf ein Wachstum, das vom Konsum und der hochentwickelten Fertigung angetrieben wird, und weg von immobilienbasierten Investitionen.

Im Vergleich zu den vorangegangenen drei Monaten wuchs die chinesische Wirtschaft im dritten Quartal um 1,3% nach revidiert 0,5% im Vorquartal. Die Revision bedeutet, dass die chinesische Wirtschaft im Zeitraum April bis Juni sogar noch weniger gewachsen ist als die ursprünglich geschätzten 0,8% - eine Rate, die bereits etwa halb so hoch war wie das durchschnittliche Wachstum in den fünf Jahren vor der Pandemie.

Die schwache Leistung der chinesischen Wirtschaft steht im Gegensatz zu der unerwarteten Dynamik in den USA, wo die Verbraucher- und Staatsausgaben die Wirtschaft selbst angesichts der aggressiven Zinserhöhungen der Federal Reserve in Schwung halten. Das ist eine Kehrtwende im Vergleich zum Jahresbeginn, als man davon ausging, dass die Wiedereröffnung Chinas das weltweite Wachstum ankurbeln würde, während man den USA eine rasche Abschwächung voraussagte.

Einige Anzeichen deuten darauf hin, dass die Wirtschaft der Volksrepublik eine Wende vollzieht. Unternehmensumfragen deuten auf steigende Produktion in den Fabriken hin, der Inlandsreiseverkehr hat während der jüngsten achttägigen Feiertage - wenn auch in bescheidenem Maße - zugenommen. Die Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen nimmt zu. Auf der anderen Seite blieb die Inflation im September im Vergleich zum Vorjahr unverändert, was auf eine schleppende Nachfrage hindeutet, und die Exporte gingen im vergangenen Monat zum fünften Mal in Folge zurück, wenn auch langsamer als im August. Die Verkäufe von Eigenheimen und andere Indikatoren für die Aktivität auf dem Immobilienmarkt sind nach wie vor anämisch.

INDIEN / AUSSENHANDEL: EINHEITLICHES VERFAHREN FÜR PC-IMPORT-LIZENZEN

Indien führt ein neues Genehmigungssystem für die Einfuhr von Laptops, Tablets und PCs ein, um die Verschiffung solcher Geräte zu überwachen, ohne das Angebot auf dem Markt zu beeinträchtigen, so Regierungsbeamte laut „Business Standard“.

Das neue Importmanagementsystem tritt am 1. November in Kraft und verlangt von den Unternehmen, die Menge und den Wert der Einfuhren zu registrieren. Die Regierung werde aber keine dieser Importanträge ablehnen und nur zur Datenerhebung- und Überwachung nutzen, so die Beamten. Dies diene der Sicherstellung eines vollständig vertrauenswürdigen, digitalen Systems, so ein hochrangiger Beamter des Ministeriums für Elektronik und IT.

Die Entscheidung bedeutet eine Erleichterung für globale Laptop-Hersteller, die durch die abrupte Ankündigung eines Lizenzierungssystems im August verunsichert waren. Am 3. August verhängte

Indien die Lizenzregelung für die Einfuhr von Laptops und Tablets, verschob die Entscheidung aber nach Kritik aus der Industrie und aus Washington schnell wieder.

Dieser Plan hätte es der Regierung ermöglicht, Einfuhranträge abzulehnen und gleichzeitig für jede Lieferung eine Lizenz zu verlangen.

Weitere Maßnahmen könnten nach September 2024 auf der Grundlage der gesammelten Daten ergriffen werden, fügte der Beamte des Ministeriums aber hinzu.

INDIEN / TEXTILIEN: WO DIE FÄDEN ZUSAMMENLAUFEN

Indien ist für die Faserproduktion der Textil- und Bekleidungsindustrie eines der bedeutendsten Länder. Der Subkontinent zählt sowohl bei Pflanzenfasern wie Baumwolle und Jute als auch bei tierischen Fasern wie Wolle und Seide zu den führenden Herstellern.

Bei Chemiefasern gehört Indien ebenfalls mit zu den wichtigsten Erzeugerländern. Die Fasern gehen nicht nur in die heimische Textilindustrie, sondern auch in den Export. Das Land ist damit ein wichtiges Glied in der globalen Lieferkette der Textilwirtschaft.



Baumwolle macht den größten Anteil an Indiens Textilproduktion aus

Bei den Pflanzenfasern dominiert Baumwolle. Nach Angaben der staatlichen Cotton Corporation of India befanden sich im Finanzjahr 2022/2023 (1. April bis 31. März) mit rund 13 Mio ha etwa ein Drittel der weltweiten Baumwollanbaufläche in Indien. In dem Zeitraum wurden insgesamt 5,8 Mio t des Rohstoffs geerntet, von denen 10% in den Export gingen.

Die wichtigsten Anbauregionen waren die zentralindischen Bundesstaaten Gujarat und Maharashtra, auf die rund die Hälfte des Ertrags entfielen, sowie Telangana und Karnataka im Süden und Rajasthan im Norden.

Da die Baumwollernte noch wenig mechanisiert ist, liegt Indien beim Ertrag je ha mit 447 kg im Finanzjahr 2022/2023 hinter anderen wichtigen Anbauländern. In China und Australien werden auf einem Hektar um die 2.000 kg, in der Türkei und Brasilien rund 1.800 kg erzielt, so die Daten des United States Department of Agriculture.

Auch organische Baumwolle wird in Indien angebaut. Nach Angaben des Ministry of Textile (MOT) waren es 2020/2021 rund 811.000 t und damit fast eineinhalbmal so viel wie in der Vorperiode.

Baumwoll- und Juteanbau wichtig für Agrarsektor

Jute ist bei einer Anbaufläche von 673.000 ha die bedeutendste Naturfaser neben Baumwolle. Mit einer Produktion von 1,8 Mio t lag Indien 2021/2022 weltweit an der Spitze, so die Daten des MOT. Auch hier gehen etwa 10 % in den Export. Die Produktion beider Naturfasern ist nach wie vor kleinbäuerlich geprägt. So gibt es auf dem Subkontinent 5,8 Mio Baumwollfarmer.

In der gesamten Wertschöpfungskette sind 40 Mio bis 50 Mio Menschen tätig. Mit dem Juteanbau sind 4 Mio Familienbetriebe beschäftigt, weitere 700.000 Menschen sind in der Weiterverarbeitung tätig. Auch für die Herstellung von tierischen Fasern ist Indien ein wichtiger Standort.

Bei der Produktion von Rohseide belegte das Land 2021/2022 mit rund 35.000 t den zweiten Platz weltweit hinter China. Ein Drittel wurde im Bundesstaat Karnataka, weitere 25% im benachbarten Andhra Pradesh erzeugt. Die Rohseide wird fast völlig zu Garnen und Textilien weiterverarbeitet. Indien exportierte 2021/2022 Produkte aus Seide im Wert von 250 Mio US-Dollar. Indien ist der

neuntgrößte Wollproduzent weltweit. Im Jahr 2021/2022 wurden 33.100 t hergestellt. Drei Viertel der Wolle werden im nordindischen Rajasthan sowie in Jammu und Kaschmir gewonnen. Das Land exportierte 2021/2022 Wollerzeugnisse im Wert von 1,6 Mrd Dollar. Um die Branche wettbewerbsfähiger zu machen, hat die Regierung das Integrated Wool Development Programme aufgelegt.

Subventionen für Petrochemie

Mit seiner breit aufgestellten Chemie- und Petrochemiebranche verfügt Indien über eine leistungsstarke Industriebasis zur Herstellung von Chemiefasern. Laut Angaben der Industrievereinigung Chemiefaser lag der Subkontinent 2022 mit einer Produktion von 6 Mio t und einem Marktanteil von 8% weltweit auf dem zweiten Platz hinter China.

Den Anteil von Polyester an allen Chemiefasern beziffert die Association of Man-Made Fibre Industry of India auf 78%, weitere 17 entfallen auf Viskose. Der Großteil der in Indien für die Textilindustrie produzierten Chemiefasern wird lokal zu Garnen, Textilien und Bekleidung verarbeitet. Den Exportwert von Erzeugnissen aus Polyester und Viskose sowie von Produkten mit Chemiefaseranteilen gibt The Synthetic and Rayon Textile Export Promotion Council für 2021/2022 mit 6,3 Mrd Dollar an. Filamentgarne aus Polyester hatten mit 1,3 Mrd Dollar den größten Anteil an den Gesamtausfuhren. Zu den wichtigsten Absatzmärkten zählen die USA, Bangladesch und die Türkei. Um die weltweit steigende Nachfrage nach Textilien und Bekleidung aus Chemiefasern zu bedienen, hat die indische Regierung deren Produktion in ihr Industrieförderprogramm "Production-Linked Incentives" aufgenommen. Die 64 teilnehmenden Unternehmen wollen zusammen 2,4 Mrd Dollar in neue Produktionskapazitäten investieren, so die Angaben des MOT.

Beim Recycling ist noch Luft nach oben

In Indien fallen jedes Jahr 8 Mio t Textilabfälle an. Die Hälfte davon sind Gebrauchtextilien (post-consumer), weitere 42% fallen im Herstellungsprozess (pre-consumer) an, der Rest sind Importe. Etwa 60% der Textilabfälle bestehen aus Baumwolle und -mischungen, gefolgt von Chemiefasern mit 20% und Mischgeweben.

Zwar ist über die Jahre im informellen Sektor eine Kreislaufwirtschaft für die Textilindustrie entstanden, es gibt aber noch Entwicklungspotenzial, so die Nichtregierungsorganisation Fashion for Good. Während gut 80% des "pre-consumer"-Abfalls re- oder downcycelt werden, sind es beim "post-consumer"-Abfall nur 6%.

Zwar wird hier rund die Hälfte als Second-Hand-Kleidung wiederverwertet. Allerdings enden 43% der Textilien auf Deponien und in Müllverbrennungsanlagen. Der Großteil der Textilabfälle werden in Panipat im Norden und in Tirupur im Süden des Landes verarbeitet. Dort befinden sich auch wichtige Cluster der Bekleidungsindustrie.

MONGOLEI / NAHRUNGSMITTEL: MEHR VERARBEITUNG IM EIGENEN LAND

Die Mongolei macht bei der Verarbeitung lokal erzeugter Agrarprodukte Fortschritte. Die Nahrungsmittelindustrie ist bereits seit längerem der mit Abstand bedeutendste Teilbereich im verarbeitenden Gewerbe des Landes.

Die aktuell landesweit etwa 2.000 Produzenten von Nahrungsmitteln und Getränken standen 2022 für gut 60% der Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes, das insgesamt wenig entwickelt ist. Wichtigste Sparte der Lebensmittelbranche ist die Getränkeindustrie.

In den kommenden Jahren wird im Bereich Lebensmittel vor allem die Fleischverarbeitung spürbar wachsen. Neben einer qualitativ wie quantitativ besseren Versorgung des einheimischen Marktes stehen dahinter auch Bestrebungen, vermehrt vor allem Rindfleisch zu exportieren.

Eine wichtige Rolle werden dabei mehrere Schlachthofkomplexe spielen, die an zentralen Standorten im Land geplant sind. Im Gespräch sind zunächst vier größere Anlagen zum Schlachten und Zerlegen der Tiere. Die vier Schlachthöfe sollen in der Lage sein, pro Jahr zusammen 640.000 Stück Kleinvieh und 101.000 Stück Großvieh zu verarbeiten.

Es ist vorgesehen, dass diese Standorte zukünftig sowohl als zentrale Anlauf- und Umschlagstelle

für Tiererzeuger als auch für Verarbeitungsbetriebe im jeweiligen Einzugsgebiet dienen. Den Erzeugern ermöglichen die Einrichtungen, ihr Vieh fachgerecht schlachten und zerlegen zu lassen. Die Hersteller von Fleisch- und Wurstserzeugnissen können ihrerseits die Schlachtkomplexe nutzen, um hygienisch einwandfreies Frischfleisch für die weitere Verarbeitung zu beziehen.

Fleischexporte sollen steigen



Die Ausfuhren, vor allem bei Rindfleisch, sollen in den kommenden Jahren steigen

Der Ausbau der Produktion der Schlachthöfe könnte zudem dazu beitragen, den Fleischexport der Mongolei anzukurbeln. Die Regierung betrachtet insbesondere Ausfuhren von tiefgekühltem Rindfleisch als wichtige Quelle für zusätzliche Exporteinnahmen.

In der Vergangenheit fielen die Erlöse von Fleischexporten noch recht überschaubar aus. Die Ausfuhr von rund 166 t gefrorenem Rindfleisch brachte 2022 laut dem nationalen Statistikamt Einnahmen von 577.000 US-Dollar. Im Jahr 2018 wurden 1.100 t für 3,3 Mio Dollar exportiert.

Der zwischenzeitliche Einbruch hat vor allem mit der Coronakrise zu tun. Als Reaktion hat das Land den grenzüberschreitenden Warenverkehr zeitweise massiv eingeschränkt, was die Ausfuhr von Fleisch zeitweise zum Erliegen brachte.

Die traditionellen Hauptabsatzmärkte für mongolisches Fleisch sind China und Russland. In den vergangenen Jahren kamen Händler aus Südkorea und Japan als Abnehmer dazu. Lokale Fleischerzeuger haben mittlerweile auch Lieferbeziehungen zu Kunden in den zentralasiatischen Ländern Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan aufgebaut.

Mehr Käse aus lokaler Milch

Neben der Fleischproduktion will die Mongolei auch die Milchverarbeitung deutlich ausbauen. Dafür werden mit staatlicher Unterstützung landesweit mehrere Käsereien entstehen. Allein in der nördlichen Provinz Chöwsgöl sollen bis Ende 2024 insgesamt 18 meist kleinere Betriebe errichtet werden. Die Milchlieferanten für die Käsereien werden in erster Linie Erzeuger aus der unmittelbaren Umgebung sein. Nach diesem Vorbild sind ähnliche Vorhaben auch für andere mongolische Provinzen geplant.

Der Ausbau von Verarbeitungskapazitäten in der Lebensmittelbranche ist ein Baustein der New Revival Policy. Dabei handelt es sich um ein milliardenschweres, staatlich unterstütztes Investitionsprogramm für die gesamte Wirtschaft. Die Regierung hatte es Ende 2021 gestartet. Im selben Jahr hatte die Mongolei laut Zahlen von UN-Comtrade Maschinen zur Nahrungsmittelverarbeitung (SITC 727) im Wert von 6,4 Mio Dollar eingeführt. Destatis beziffert die deutschen Exporte in dieser Warengruppe in die Mongolei für 2021 mit 463.000 Euro.

Im Bereich Lebensmittel zählt es zu den Hauptzielen des Programms, den Grad der Selbstversorgung mit regionalen Erzeugnissen spürbar zu steigern. Ein neues Produktionscluster für ein breites Spektrum von Nahrungsmitteln soll einen großen Beitrag dazu leisten. Das Cluster soll in Darchan, der drittgrößten Stadt der Mongolei, entstehen. Wie in anderen Wirtschaftsbereichen auch, die von der New Revival Policy erfasst sind, setzt die Regierung bei dem Industriepark in erster Linie auf Privatinitiative. Der Staat bringt sich jedoch mit umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen ein.

Günstige Kredite und Zollfreiheit

Unternehmen, die an einem Engagement in Darchan oder an anderen im Land geplanten Produktionskapazitäten für Nahrungsmittel interessiert sind, können beispielsweise zinsgünstige Kredite erhalten. Gemeinsam haben mehrere Geschäftsbanken und die Regierung ein Förderprogramm für die Lebensmittelindustrie gestartet. Allein 2023 können Kredite mit einem Volumen von 300 Mio Dollar abgerufen werden.

Der mongolischen Nahrungsmittelindustrie winken für ihre technische Aufrüstung Kredite mit langen Laufzeiten und überaus günstigen Zinssätzen. Staatliche Subventionen ermöglichen es den Banken, entsprechende Kredite mit einem Zinssatz von lediglich 5% pro Jahr zu vergeben.

Damit erhalten die Hersteller von Lebensmitteln deutlich bessere Konditionen als marktüblich. Zum Vergleich: Bei normalen Krediten mussten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes Mitte 2023 laut Angaben der mongolischen Zentralbank mit einem jahresdurchschnittlichen Zinssatz von 14,7% rechnen. Außerdem sieht das staatliche Förderprogramm vor, dass sämtliche Auslandseinkäufe von Ausrüstungen für die Nahrungsmittelverarbeitung bis 2027 vom Einfuhrzoll befreit sind.

SÜDKOREA / BAUINDUSTRIE: MEHR AUFTRÄGE AUS NAHOST UND DEN USA

Die schwache Baukonjunktur in Südkorea treibt Baufirmen des Landes verstärkt auf ausländische Märkte. Im ersten Halbjahr akquirierten heimische Unternehmen Aufträge im Ausland über mehr als 17 Mrd US-Dollar. Sollte das zweite Halbjahr ähnlich gut verlaufen, könnte das Land bei den Bestellungen wieder ein ähnlich hohes Niveau wie im Jahr 2020 erreichen.

Die wichtigsten Auftragsländer in den ersten sechs Monaten waren nach Angaben des Ministry of Land, Infrastructure and Transport Saudi-Arabien mit 5,5 Mrd Dollar, die Vereinigten Staaten mit 5 Mrd Dollar, Taiwan mit 1,5 Mrd Dollar, gefolgt von Kasachstan, Libyen und Nigeria.

Die größte Bestellung erhielt Hyundai E&C zur Erweiterung einer Raffinerie in Saudi-Arabien. Allein für dieses Vorhaben beträgt der Auftragswert mehr als 5 Mrd Dollar. Hinzu kommen vor allem zwei größere Vorhaben beim Bau von Chemieanlagen in Nigeria.

Neue Absichtserklärungen bei Wasserstoff

Ein Konsortium unter der Führung von POSCO Holdings, Samsung Engineering, Korea East-West Power, der französischen Firma Engie sowie Future Tech Energy Ventures, einer Tochter der malaysischen PTT Exploration and Production Public Company, unterzeichnete im Juni eine Absichtserklärung mit Hydrom aus dem Oman zur Produktion von grünem Wasserstoff. Demnach sollen im Oman Kapazitäten für jährlich 220.000 t grünen Wasserstoff ab 2030 entstehen. Der Baubeginn ist für 2027 geplant, der Produktionsbeginn für 2030. Danach ist ein Betrieb der Anlagen über 40 Jahre anvisiert. Die ersten Lieferungen des in Ammoniak umgewandelten Wasserstoffs nach Südkorea sollen 2030 erfolgen.

Des Weiteren schloss Samsung C&T im Mai 2023 mit Diamond Generating Asia, einer Tochterfirma der Mitsubishi Corporation, eine Absichtserklärung zur Entwicklung von grünem Wasserstoff in Australien. Der produzierte Wasserstoff soll später nach Japan und Südkorea geliefert werden.

Ebenfalls im Mai 2023 hat sich SK Ecoplant mit 50 Mio Dollar und 20% am Projekt Nujio'quonik unter der Führung von World Energy GH2 in Kanada beteiligt. Das Vorhaben konzentriert sich auf die Produktion, Lagerung und Verarbeitung von grünem Wasserstoff. Anschließend soll daraus grüner Ammoniak hergestellt und von Nordamerika nach Europa geliefert werden. Der Produktionsbeginn ist bei grünem Wasserstoff für 2025 und bei grünem Ammoniak für 2026 geplant. Gleichzeitig sicherte sich SK Ecoplant nach eigenen Angaben Rechte für Planung, Beschaffung und Bau im Wert von 1,5 Mrd Dollar. Diese umfassen frühe Stadien des Ingenieurdesigns, die Installierung von Elektrolyseuranlagen und EPC der Anlagen für grünen Wasserstoff.

Zahlreiche Vorhaben im Kraftwerksbau

Besonders viele Projekte gibt es im Kraftwerksbau und bei Kraftwerkstechnik. Im Rahmen einer Bestellung von Netzbetreiber Tennet kommen ab 2026 südkoreanische Kabel unter anderem nach Deutschland. Größere neue Vorhaben durch südkoreanische Firmen gibt es vor allem in

Kasachstan, Libyen und im Oman. Hinzu kommen Lieferungen von Komponenten, Transformatoren und Kabeln.

Südkorea bemüht sich weiter um Aufträge im Bereich der Kernenergie, insbesondere in Osteuropa. Die Korea Hydro and Nuclear Power erhielt im Juni einen Auftrag zum Bau einer Anlage zur Entfernung von Tritium im Kernkraftwerk Cernavoda in Rumänien. Nach Angaben des Ministry of Trade, Industry and Energy belief sich der Wert auf 195 Mio Euro. Die Projektlaufzeit erstreckt sich von Juli 2023 bis August 2027.

Detaillierte Daten zu den Bestellungen aus den USA liegen nicht vor. Zumindest ein Teil dürfte auf Aufträge zum Bau oder zur Erweiterung von Werken südkoreanischer Firmen in den Vereinigten Staaten entfallen. Großprojekte südkoreanischer Unternehmen in den USA laufen unter anderem bei Batterien für Elektroautos, im Halbleiterbereich und in der Kfz-Industrie.

Europa

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: BMWK LEGT KLIMAPOLITISCHE LEITLINIEN FÜR DIE EXPORTKREDIT- UND INVESTITIONSGARANTIEN VOR



Habeck: „Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken“

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat laut eigenen Angaben anlässlich der Außenwirtschaftstage die „Klimapolitischen Sektorleitlinien für die Exportkredit- und Investitionsgarantien“ vorgelegt. Damit sollen klimafreundliche Technologien noch besser gefördert werden. Die Leitlinien enthalten Entscheidungskriterien für die Übernahme dieser Exportkredit- und Investitionsgarantien und legen hierbei erstmals einen klimapolitischen Maßstab an. Sie gelten für die Bereiche Energie, Industrie sowie Transport.

Die Sektorleitlinien legen dabei drei Kategorien fest: eine grüne Kategorie für besonders förderungswürdige Technologien. Diese erhalten in Zukunft erleichterte und attraktivere Deckungskonditionen. Bei Produkten, die in die weiße Kategorie fallen - beispielsweise beim Export von Maschinen und Anlagen, der keinen wesentlichen Beitrag zu den Pariser Klimazielen leistet - bleiben die Konditionen unverändert. Für Produkte der roten Kategorie gilt ein Deckungsausschluss, das heißt, Waren ausfuhren können nicht mehr durch Exportkreditgarantien abgesichert werden.

Zur grünen Kategorie gehören Ausfuhren und Investitionen etwa in Windenergie, Wasserkraft, Photovoltaik, Batteriezellfertigung sowie Wasserstoff, heißt es in der Mitteilung des BMWK. 17% der gedeckten Geschäfte aus den letzten 18 Monaten wären in dieser Kategorie besonders gefördert worden. Die Exportgeschäfte der weißen Kategorie bleiben weiterhin zu den bisherigen Konditionen deckungsfähig. Das wären 79% der Transaktionen der letzten 18 Monate gewesen. Nur für die rote

Kategorie werden Deckungsausschlüsse umgesetzt. In den letzten 18 Monaten wären hier fünf Geschäfte betroffen gewesen. Dabei handelt es sich ausschließlich um fossile Projekte, so das BMWK.

Im Energiebereich setzen die Sektorleitlinien klare Regeln für den Ausstieg aus der Förderung fossiler Energien (Phase Out). Es gibt dabei eng begrenzte Ausnahmen, unter denen eine Exportkreditgarantie noch übernommen werden kann. Diese betreffen vor allem den Gassektor. Eine Deckung für Gasförderprojekte kann danach nur übernommen werden, wenn die Wahrung der nationalen Sicherheit, wie die Abwendung einer ernsthaften Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit oder ein geostrategisches Versorgungssicherheitsinteresse oder zur Verhinderung einer Ernährungskrise dies erfordert.

Im Industriebereich bei der Eisen-Stahl- und Aluminiumherstellung orientieren sich die Exportgarantien an den positiven Anreizen der EU-Taxonomieverordnung. Bei der Herstellung von Chemikalien werden ebenso die Vorgaben der Taxonomieverordnung angewendet, indem Exportgeschäfte über Anlagen mit besonders geringen Lebenszyklusemissionen günstigere Deckungskonditionen erhalten. Im Transportbereich werden in der zivilen Schifffahrt internationale Emissionsvorgaben umgesetzt - in diesem Bereich ebenso wie bei der zivilen Luftfahrt wird insbesondere die Umrüstung auf klimaverträgliche Antriebsformen unterstützt.

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: DECKUNGSVERBESSERUNGEN BEI ÜBER 30 LÄNDERN

Im Lichte der aktuellen geopolitischen Situation besteht Bedarf nach einer Diversifizierung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen und einer Reduzierung von einseitigen Abhängigkeiten und bestehenden Klumpenrisiken, erklärte das Bundeswirtschaftsministerium in einer Mitteilung. Die Investitionsgarantien könnten hierzu einen Beitrag leisten, indem Anreize geschaffen werden für Projekte in Ländern, die bisher nicht im Fokus der Wirtschaft standen, jedoch großes Potential bieten, so das Ministerium. Die Deckungserleichterungen gelten ab sofort.

Folgende Anreize gelten bei Projekten in den ausgewählten Ländern: Ein Erlass der Antragsgebühr, reduzierter Selbstbehalt im Schadensfall (2,5 statt 5%) sowie ein um 10% ermäßigtes jährliches Garantieentgelt für Länder der OECD-Länderrisikokategorie 1-5. Eine genaue Auflistung der Länder finden Sie unter: <https://shorturl.at/ijvS1>

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: DEUTSCHE EXPORTE IN DRITTSTAATEN SINKEN IM SEPTEMBER

Die deutschen Exporte in Staaten außerhalb der EU sind im September deutlich gesunken. Wie das Statistische Bundesamt auf Basis eines Frühindikators mitteilte, fielen die Ausfuhren in sogenannte Drittstaaten gegenüber dem Vormonat saison- und kalenderbereinigt um 3,4% auf 57 Mrd Euro. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lagen die Exporte um 8,7% niedriger.

Nicht kalender- und saisonbereinigt wurden im September Waren im Wert von 57,4 Mrd Euro in Drittstaaten exportiert. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sanken die Exporte um 12,1%.

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: ELEKTRO-EXPORTS GEBEN IM AUGUST LEICHT NACH

Mit Ausfuhren im Wert von 20,1 Mrd Euro hat die deutsche Elektro- und Digitalindustrie im August nach Angaben ihres Branchenverbandes ZVEI um 1,4% weniger exportiert als ein Jahr zuvor. Ein Minus wurde im August laut den Angaben auch für die Einfuhren elektrotechnischer und elektronischer Erzeugnisse nach Deutschland verzeichnet. Mit 20,4 Mrd Euro verfehlten die Importe ihr Vorjahresniveau ihm zufolge um 3,7%, wozu auch wieder gesunkene Einfuhrpreise einen Teil beigetragen hätten. In den ersten acht Monaten dieses Jahres summierten sich die deutschen Elektroimporte laut ZVEI auf 178,8 Mrd Euro - ein Anstieg von 8,2% gegenüber dem Vorjahr.

Die Exporte der deutschen Elektro- und Digitalindustrie nach Europa sanken im August 2023 nach Angaben des Verbandes um 1% gegenüber Vorjahr auf 11,9 Mrd Euro. Demgegenüber steigerten sich die Ausfuhren allein in die Eurozone noch um 1,3% auf 6,0 Mrd Euro.

DEUTSCHLAND / INVESTITIONEN: KfW-IFO-KRE-DITHÜRDE MACHT SPRUNG NACH OBEN

Die Barrieren auf dem Weg zu einer Bankfinanzierung haben nach Einschätzung der Unternehmen wieder zugenommen - und zwar erheblich. Die KfW-ifo-Kredithürde für den Mittelstand macht im dritten Quartal 2023 einen Satz um 6,1 Prozentpunkte nach oben, wie die KfW mitteilte. 31,7% der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland hätten das Verhalten ihrer Banken bei Kreditverhandlungen demnach als restriktiv eingestuft. Damit sei der bisherige Höchstwert seit der Überarbeitung der Befragungsmethodik im Jahr 2017 von 31,3% aus dem vierten Quartal 2022 leicht übertroffen worden.

Die wachsenden Schwierigkeiten beim Kreditzugang trafen laut den Angaben mittelständische Firmen aus allen Wirtschaftsbereichen. Besonders genau hätten die Finanzinstitute die Kreditgesuche aus dem Dienstleistungssektor (32,9%) und dem verarbeitenden Gewerbe (32,4) unter die Lupe genommen.

EUROPA / AUSSENHANDEL: PARLAMENT STIMMT FÜR MEHR SPIELRAUM IN HANDELSKONFLIKTEN

Die EU wappnet sich für zukünftige Handelskonflikte: Das Europaparlament hat am Dienstag für neue Gegenmaßnahmen gestimmt, mit denen Brüssel schneller und schärfer auf Handelsbeschränkungen aus Drittstaaten reagieren könnte. Bislang ist die EU unter anderem auf langwierige Verfahren vor der Welthandelsorganisation (WTO) angewiesen.

Die EU muss sich als Mitglied der WTO an internationales Handelsrecht halten. Demnach müssen etwa grundsätzlich für alle Partner die gleichen Einfuhrzölle gelten. Ausnahmen sind zulässig, wenn es für bestimmte Produkte unfaire Wettbewerbsbedingungen auf dem internationalen Markt gibt, etwa durch staatliche Subventionen.

Die Organisation soll zudem Handelskonflikte zwischen den Ländern schlichten. Ein Staat kann bei der WTO Beschwerde einlegen, wenn er der Ansicht ist, ein Handelspartner halte sich nicht an die Regeln.

Nach einer Beschwerde wird ein Streitschlichtungsgremium eingerichtet, das den Fall untersucht. In der Folge kann die WTO Gegenmaßnahmen wie Strafzölle erlauben. Allerdings verhindern die USA seit Dezember 2019 die Ernennung neuer Richter im Streitschlichtungsgremium, es ist damit praktisch blockiert.



Von der Leyen leitet eine Untersuchung chinesischer E-Auto-Subventionen ein

Die EU hat im vergangenen Jahr zwei solcher Verfahren gegen China angestoßen. In einem Fall geht es um den Patentschutz europäischer Hightech-Unternehmen. Im zweiten hatte Beijing

Handelsbeschränkungen gegen das EU-Land Litauen eingeführt, nachdem Vilnius die Eröffnung einer taiwanischen Vertretung zugelassen hatte.

Wenn sie unfaire Wettbewerbsbedingungen vermutet, kann die EU-Kommission eigene Untersuchungen einleiten. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte im September eine solche Untersuchung chinesischer Subventionen für Elektroautos an. Experten vermuten, dass die Volksrepublik seinen Herstellern etwa mit vergünstigten Grundstücken und kostenlosem Strom unrechtmäßige Vorteile verschafft.

In Folge der Untersuchung könnte die Kommission Strafzölle auf chinesische Fahrzeuge erheben, Binnenmarktkommissar Thierry Breton sprach von einer möglichen Verdopplung von zehn auf 20%. Mit dem neuen "Instrument gegen Zwangsmaßnahmen" soll die EU schneller reagieren können. Es soll zum Einsatz kommen, wenn ein Drittstaat Handelsbeschränkungen gegen die EU oder einzelne Mitgliedsländer einführt, wie etwa im Fall Chinas gegen Litauen. Das Europaparlament stimmte am Dienstag mit großer Mehrheit für das Gesetz.

Die EU hätte künftig verschiedene Gegenmaßnahmen zur Auswahl und könnte neben Strafzöllen und Beschränkungen für öffentliche Ausschreibungen unter anderem den Vertrieb bestimmter Produkte blockieren. Damit bewege sich die EU im Rahmen der WTO-Regeln, erklärte der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europaparlament, Bernd Lange.

Die EU-Kommission veröffentlicht eine Liste sogenannter kritischer Technologien, die besonders geschützt werden sollen, darunter sind unter anderem Halbleitertechnologien, Quantencomputer und Künstliche Intelligenz.

EUROPA / RECHT: AUSWIRKUNGEN AUF DAS AUSLANDSGESCHÄFT

Am 17. Mai verkündete die EU-Kommission Wegweisendes - einen Vorschlag für die umfassendste Überarbeitung der EU-Zollunion seit ihrer Gründung im Jahr 1968. Jenseits der prunkvollen Rhetorik, die solche Ankündigungen oft begleitet, sind die Details entscheidend. Was sind die Hauptziele dieser ehrgeizigen Reform und vor allem, wie wird sie Importeure und Exporteure beeinflussen? Seit der Veröffentlichung des Berichts der Wise Persons Group im März 2022 durch die Kommission hat die EU-Zollreform an Fahrt aufgenommen. Der Bericht zeichnete ein eher kritisches Bild vom Zustand der Zollunion und legte zehn konkrete Vorschläge vor, um sie für ihre künftige Ausrichtung robuster zu gestalten. Viele Beobachter hatten jedoch nicht unbedingt mit einer derart plötzlichen Ankündigung gerechnet.

Aktuelle Ereignisse dürften die Agenda der EU-Kommission durcheinandergeworfen und die Dringlichkeit für eine verbesserte Zollunion unterstrichen haben. Doch die Herausforderungen sind enorm. Die Zollunion leidet unter einem strukturellen Mangel an Harmonisierung, angefangen bei elektronischen Systemen bis hin zur Umsetzung von Maßnahmen.

Die europäischen Zollbehörden arbeiten derzeit nicht als Einheit, was besonders nachteilig für Unternehmen ist und ernsthafte Fragen unter anderem bezüglich des Datenschutzes aufwirft.

Gleichzeitig sind die Zollbehörden immer stärker mit einer wachsenden Palette von Aufgaben belastet. Dies wird durch einen drastischen Anstieg des Handelsvolumens verschärft, der größtenteils durch das hohe Wachstum des E-Commerce getrieben wird. Dadurch ist auch der Anpassungsbedarf für die EU-Zollbehörden hoch.

Schließlich wurden die frühen 2020er Jahre auch von tiefgreifenden Veränderungen im geopolitischen Umfeld geprägt (Brexit, Corona, Ukraine-Krieg). Diese Schocks haben gezeigt, dass die EU-Zollunion nicht gut auf das neue globale Regime vorbereitet war.

Vorgängerversion noch in Umsetzung

Die EU hat die Zollreform von 2013 zwar umgesetzt. Sie führte den Unionszollkodex (UZK) ein und beabsichtigte, die EU-Zollabwicklung in eine papierlose, integrierte und vollständig elektronische Umgebung zu bringen.

Diese Reform reicht aber nicht aus, um der rasanten Entwicklung zu begegnen. Obwohl sie schon im Mai 2016 gestartet ist, läuft ihre Umsetzung noch und wird erst bis Ende 2025 abgeschlossen sein.

Angesichts der Dringlichkeit bleibt der EU-Kommission wohl nichts anderes übrig, nun viele Themen gleichzeitig anzugehen. Daher hat sie einen umfassenden Vorschlag an das Europäische Parlament und den Europäischen Rat gerichtet, um den Unionszollkodex und eine Europäische Zollbehörde zu schaffen. Der Reformentwurf ist ziemlich komplex. In praktischer Hinsicht dreht sich alles um drei grundlegende Prinzipien.

1. Aufbau einer neuen Partnerschaft mit Unternehmen

Dieser erste Pfeiler dürfte für Importeure und Exporteure von großem Interesse sein. Die Ambitionen der Kommission bestehen hauptsächlich darin, Zollverfahren zu vereinfachen, einschließlich der Übermittlung von Daten im Zusammenhang mit dem Warenaustausch zwischen Händlern und Behörden.

Zwei Punkte sind besonders wichtig: Erstens sieht der Vorschlag die Sammlung von Daten in einem "EU Customs Data Hub" vor, der ein umfangreiches Daten-Repository ergeben wird. Dieser virtuelle Datenspeicher soll es Händlern ermöglichen, Daten über eine einzige EU-Schnittstelle anstelle der derzeit in den 111 separaten Systemen der EU verwendeten Schnittstellen zu übermitteln. Die technischen Spezifikationen dieses neuen Datenhubs sind derzeit noch nicht bekannt.

Zweitens beabsichtigt die Kommission, das Konzept der "Trust & Check Trader" einzuführen. Eine kleine Gruppe ausgewählter Händler wird von noch größeren Vereinfachungen profitieren, die den bürokratischen Aufwand minimieren sollen. Dieser Status soll die bereits bestehende Zertifizierung als Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO) stärken. Auf den ersten Blick bleiben die Vorteile dieses neuen Status leider vage, und es besteht die Sorge, dass er die Hauptprobleme des AEO-Programms nicht lösen wird: das Fehlen konkreter Vorteile, die übermäßige Anzahl zertifizierter Unternehmen und die mangelnde Einheitlichkeit bei der Bewertung in den EU-Ländern.

2. Einführung von intelligenteren Zollkontrollen

Die Kommission bestreitet nicht, dass die EU-Zollunion eine strukturelle Modernisierung benötigt und dass alle EU-Zollverwaltungen derzeit erhebliche Herausforderungen bei ihrer Arbeit bewältigen müssen. Daher beabsichtigt sie insbesondere, Künstliche Intelligenz zu nutzen und ein neues Governance-Framework für das Risikomanagement der EU einzurichten.

Die genauen Bedingungen für die Verwendung von KI bleiben jedoch im Unklaren. Was das neue Governance-Framework betrifft, wird ein Mechanismus eine harmonisierte Umsetzung des Risikomanagements und der Kontrollen an der gemeinsamen EU-Grenze für Waren sicherstellen, wobei der EU-Zoll-Datenhub unter Aufsicht einer neu geschaffenen Einrichtung, der EU-Zollbehörde, genutzt wird.

In der Praxis wird diese neue Einrichtung Zollexpertise auf zentraler Ebene bündeln, um das EU-Risikomanagement durchzuführen. Praktisch wird sie auch Kontrollempfehlungen an nationale Zollbehörden herausgeben, die verpflichtet sind, diese entweder umzusetzen oder ihre Nichtumsetzung zu begründen. Sie wird dann nur eine unterstützende und koordinierende Rolle spielen, was viele Fragen aufwirft.

Darüber hinaus soll die neue EU-Zollbehörde die operative Krisenbewältigung koordinieren, indem sie Protokolle für verschiedene Krisenszenarien entwickelt und deren Umsetzung sicherstellt. Dies soll Verwirrung verhindern, wie sie in den ersten Monaten der Corona-Krise sowie bei der Umsetzung der ersten Sanktionspakete gegen Russland aufgetreten ist.

3. Umsetzung eines moderneren Ansatzes im E-Commerce

Sämtliche EU-Zollbehörden scheinen vom Volumen des E-Commerce-Verkehrs überfordert zu sein. Nun soll ein maßgeschneidertes Zollregime hierfür eingeführt werden, um die Kontrolle zu erleichtern und Verantwortlichkeiten im Importprozess zu klären. Neue Verfahren werden implementiert, um das bestehende Regime weiter zu vereinfachen und es mit den Mehrwertsteuerregeln für den E-Commerce in Einklang zu bringen.

In der Praxis werden digitale Plattformen als "deemed importers" (anstelle von Verbrauchern) festgelegt. Sie sind für alle Zollformalitäten und Zahlungen verantwortlich. Darüber hinaus wird eine vereinfachte Methode zur Berechnung der anfallenden Einfuhrabgaben für geringwertige Güter, die im Fernabsatz an Verbraucher verkauft werden, eingeführt.

Diese Methode basiert auf einem vierstufigen Staffelsystem mit entsprechenden Ad-Valorem-Zollsätzen von 5% (zum Beispiel für Spielzeug, Haushaltswaren), 8% (zum Beispiel für Seidenprodukte, Glaswaren), 12% (zum Beispiel für Besteck, Elektromaschinen) und 17% (zum Beispiel für Schuhe). Diese Änderung ermöglicht die Aufhebung der Zollbefreiung für Waren im Wert von bis zu 150 Euro, die derzeit eine Quelle für Zoll- und Mehrwertsteuerbetrug darstellt. Ziel ist es auch, den EU-Verbrauchern mehr Transparenz zu bieten und sie vor unangenehmen Überraschungen zu schützen.

Ehrgeiziger Zeitplan vorgegeben



Auf Online-Händler kommen mit der Zollreform einige Änderungen zu

Die Kommission plant, diese Reform in Etappen über die kommenden 10 bis 15 Jahre umzusetzen. Der erste Schritt ist für den 1. Januar 2028 anvisiert und umfasst die Einrichtung der EU-Zollbehörde und die Einführung des maßgeschneiderten Zollregimes für den E-Commerce, während der EU-Zoll-Datenhub seine erste, noch begrenzte Betriebsphase beginnen wird.

Im Jahr 2032 können alle Händler den EU-Zoll-Datenhub nutzen, und ab 2038 wird dies für alle Händler obligatorisch sein. Angesichts der Tiefe der Reform und der historisch langen Verzögerungen bei großen Zollreformen in der EU (UZK, E-Zoll) handelt es sich um einen sehr ehrgeizigen Zeitplan.

Tatsächlich hat nach der Veröffentlichung des Reformvorschlags der Kommission der entscheidende Prozess der Trilog-Gespräche begonnen. Trilog-Gespräche beziehen sich auf informelle Dreiparteien-Treffen mit Vertretern der drei EU-Institutionen: der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union.

In der Praxis werden sie durchgeführt, um einen Kompromiss über vorgeschlagene Gesetzgebungen zu erzielen und den Text eines Gesetzgebungsakts abzuschließen. In diesem Moment engagieren sich auch private Akteure in Lobbyingaktionen, die sich auf den endgültigen Text auswirken können. Um es auf den Punkt zu bringen: Die EU-Institutionen müssen einen Kompromiss finden, der in der Regel Zeit in Anspruch nimmt und über die im Regulierungsvorschlag festgelegte anfängliche Frist hinausgeht.

Die offensichtlich mangelnde Durchführung informeller Konsultationen durch die Kommission zu diesem Zeitpunkt und die bereits öffentlich geäußerten Vorbehalte einiger wichtiger Interessenvertreter gegenüber der Reform (wie globaler Spediteure) deuten darauf hin, dass der Vorschlag wahrscheinlich erhebliche Änderungen aufgrund der Lobbyarbeit privater und institutioneller Akteure erfahren wird.

Daher ist Vorsicht angebracht. Für E-Commerce-Unternehmen dürfte eine solche Reform

tiefgreifende Auswirkungen auf ihr Geschäft haben. Daher ist es wichtig, deren Auswirkungen bereits jetzt zu bewerten, auch wenn dies nur ein erster Entwurf ist. Dies wurde auch schon gemacht, allein schon aus Lobbyismusgründen.

Für andere Händler ist es zu diesem Zeitpunkt dagegen noch zu früh, Schlussfolgerungen zu ziehen, die zu einer Änderung der Strategie für die Verwaltung grenzüberschreitender Geschäftsaktivitäten führen würden. Es ist jedoch wichtig, über aktuelle Diskussionen auf dem Laufenden zu bleiben und eine Auswirkungsanalyse auf die eigenen Aktivitäten durchzuführen, sobald die endgültige Version der EU-Verordnung bekannt ist.

GROßBRITANNIEN / E-MOBILITÄT: HERSTELLER ALARMIERT WEGEN DROHENDER ZOLLGEBÜHREN

Die britische Autoindustrie ist besorgt wegen eines drohenden Anstiegs der Zollgebühren auf E-Autos. Die Preise für Fahrzeuge aus britischer Produktion könnten in der EU dadurch um 3.600 Pfund steigen, warnte der Herstellerverband SMMT. Gleiches drohe für EU-E-Autos in Großbritannien. Nach dem Brexit hatte sich die Regierung in London im letzten Moment 2021 noch auf ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union verständigt, das Zölle auf Autos verhindert. Das Abkommen enthält jedoch eine Klausel, dass mindestens 45% des Werts der verbauten Autoteile aus Großbritannien oder der EU stammen müssen. Die Batterien kommen jedoch oft aus China, weshalb ab dem 1. Januar 2024 10% Zusatzzoll fällig werden.

Der Verband fordert einen Aufschub des Inkrafttretens der Klausel bis 2027, damit Großbritannien eigene Batteriefabriken bauen kann. "Es wird sehr viel in die europäische und britische Batterieproduktion investiert, aber man kann nicht in zwölf Monaten eine ausreichende Anzahl von Batterien zaubern", so der Geschäftsführer von SMMT.

NIEDERLANDE / MEDIZINTECHNIK: PHILIPS ERHÖHT PROGNOSE FÜR 2023

Royal Philips hat die Prognose für das Gesamtjahr angehoben, nachdem das Unternehmen im dritten Quartal aufgrund höherer Umsätze und Wachstum in allen Segmenten und Regionen wieder einen Nettogewinn erzielen konnte. Der niederländische Medizintechnikkonzern teilte mit, dass er 2023 nun einen Anstieg des vergleichbaren Umsatzes um 6 bis 7% erwartet, während zuvor ein vergleichbares Wachstum im mittleren einstelligen Bereich prognostiziert worden war.

Die bereinigte Gewinnmarge vor Zinsen, Steuern und Amortisationen (EBITA-Marge) sieht Philips 2023 bei 10 bis 11%, bisher sollte sie am oberen Ende des hohen einstelligen Bereichs landen.

Der den Aktionären zurechenbare Nettogewinn im dritten Quartal betrug 88 Mio Euro, verglichen mit einem Verlust von 1,33 Mrd Euro im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Er übertraf die Prognose von 82 Mio Euro einer vom Unternehmen ermittelten Konsensschätzung.



Die Sparte Diagnose & Behandlung ist zweistellig gewachsen

Der Umsatz stieg auf 4,47 Mrd Euro von 4,31 Mrd Euro, er lag ebenfalls leicht oberhalb Konsensschätzung von 4,415 Mrd Euro. Auf vergleichbarer Basis stieg der Umsatz um 11%. Die Segmente

Diagnose & Behandlung und Connected Care verzeichneten zweistellige Wachstumsraten, das Segment Personal Health hohes einstelliges Wachstum, so Philips.

Das bereinigte EBITA konnte Philips mehr als verdoppeln, es betrug 457 Mio Euro nach 209 Mio und übertraf ebenfalls die geschätzten 389 Mio. Die EBITA-Marge verbesserte sich deutlich auf 10,2 von 4,8%, hauptsächlich infolge von Umsatzsteigerungen, Preiserhöhungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität.

Unternehmen sieht sich auf Kurs

Philips zufolge sind die Restrukturierungs- und Produktivitätspläne auf Kurs, insgesamt betragen die Einsparungen im Quartal 258 Mio Euro. „Unsere operativen Verbesserungen wurden durch unsere Konzentration auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Patientensicherheit und -qualität, zur Stärkung der Zuverlässigkeit unserer Lieferkette und zur Einführung eines vereinfachten Betriebsmodells erzielt“, sagte CEO Roy Jakobs.

Er fügte hinzu, dass der Abschluss des Philips-Respironics-Rückrufs für den Vorstand nach wie vor oberste Priorität hat. Die Abhilfemaßnahmen bei den Schlaftherapiegeräten seien abgeschlossen, bei den Beatmungsgeräten dauerten sie an.

PORTUGAL / MEDIZINTECHNIK: EU-ZUSCHÜSSE ERLEICHTERN INVESTITIONEN

Portugal zählt zu den kleineren europäischen Märkten für Medizintechnik. Die Nachfrage wächst aber relativ konstant. Das Marktforschungsunternehmen Fitch Solutions erwartet im Zeitraum 2022 bis 2027 ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 6,4%. Damit wäre 2027 ein Marktvolumen von rund 1,7 Mrd Euro erreicht.

Für das Hilfsmittelsegment mit Produkten wie Hörgeräte und Schrittmacher liegen die Erwartungen über dem Durchschnitt. Weitere Wachstumstreiber sind laut Marktforschern andere Instrumente und Geräte wie Transfusionsapparate, ophthalmologische Instrumente sowie Krankenhausmöbel.

Laut der Deutsch-Portugiesischen Industrie- und Handelskammer ist ein Trend zur Nutzung von Robotern im medizinischen Bereich erkennbar. Einsatzfelder sind Operationen und Therapien, aber auch die Organisation und Verteilung von Medikamenten und Mahlzeiten.

Mittelfristig sind die finanziellen Perspektiven für den portugiesischen Staatshaushalt und die Finanzierung von Gesundheitsausgaben eher günstig. Die Wirtschaftsleistung hat schnell das Vorkrisenniveau überschritten und nimmt weiterhin stärker zu als im EU-Durchschnitt. Eine stabil niedrige Arbeitslosigkeit wirkt sich ebenfalls positiv aus.

Die Gelder aus dem Aufbau- und Resilienzplan der EU bilden einen zusätzlichen Treiber für Investitionen in die Infrastruktur. Das Gesundheitswesen wurde im Plan umfassend berücksichtigt, unter anderem durch technische Modernisierungen und die Förderung digitaler Anwendungen.

Für die digitale Transformation wurden 300 Mio Euro vorgesehen. Im Fokus stehen Datennetze und resiliente IT-Systeme. Zudem sollen die Kommunikation und die nationalen Gesundheitsregister verbessert werden. Die elektronische Patientenakte Registo de Saúde Eletrónico bildet mit ihren Basisdaten ein Kernelement.

Der staatliche Gesundheitsdienst SNS bietet den Versicherten ein Internetportal mit allgemeinen Orientierungshilfen und individueller Unterstützung durch verschiedene Apps an.

Weitere 225 Mio Euro aus dem Aufbau- und Resilienzplan sind für die Ausrüstung und Digitalisierung in Krankenhäusern bestimmt. Davon werden vor allem Hospitäler in Lissabon, Seixal und Sintra profitieren. In den Inselregionen Azoren und Madeira fließen ebenfalls Mittel in die Modernisierung der Gesundheitsangebote.

Importe decken rund 85% der Medizintechniknachfrage in Portugal. Somit konkurrieren ausländische Lieferanten zumeist eher untereinander als mit heimischen Herstellern.

EU-Partnerländer dominieren klar das Geschehen bei den Importen. Das wichtigste Lieferland ist der Nachbar Spanien, dahinter folgen die Niederlande und Deutschland. Lieferungen aus der

Bundesrepublik haben eine starke Position bei bildgebender Diagnostik. In den Wachstumssegmenten Hilfsmittel sowie andere medizintechnische Apparate und Geräte sind deutsche Anbieter ebenfalls gut vertreten.

SNS steht für hohe Nachfrage, aber auch Zahlungsrückstände

Der staatliche Gesundheitsdienst SNS steht mit seinen Einrichtungen nach Schätzung der AHK Portugal für etwa 75% der Nachfrage. Der private Gesundheitssektor ist fragmentiert und umfangreiche Beschaffungen kommen deshalb nur selten vor. Die seit Jahren angespannte Finanzlage des SNS führt immer wieder zu verzögerten Zahlungen. Fitch Solutions zufolge waren im Januar Zahlungsrückstände von 342 Mio Euro aufgelaufen. Durchschnittlich dauerte es 192 Tage, bis Rechnungen beglichen wurden.

Die Höhe der Zahlungsrückstände und der Wartezeit schwankten in den vergangenen Jahren, das Grundproblem blieb aber bestehen. Schleppende Zahlungseingänge können insbesondere kleine Anbieter vor Probleme stellen.

SPANIEN / PERSONAL: BESCHÄFTIGUNG AUF REKORDNIVEAU

Spanien hat aus der Coronakrise herausgefunden und überschreitet 2023 das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung. Das Wachstum ist höher als im Durchschnitt von EU und Eurozone. Die Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission geht im laufenden Jahr von 1,9% realem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts aus. Die Wirtschaftsleistung soll 2024 sogar um 2% zunehmen.

Spanien ist innerhalb der EU das Land mit der höchsten Erwerbslosenquote. Der Arbeitsmarkt weist dennoch einen positiven Gesamttrend durch den Abbau von Arbeitslosigkeit und Rekordzahlen bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf. Durch die Einschränkung von Befristungen nimmt zudem die Anzahl der festen Verträge zu. Die Schere zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor geht dabei zunehmend auseinander: Im zweiten Quartal 2023 waren 14% der privatwirtschaftlichen Stellen befristet, jedoch rund 31% der Posten im Staatsdienst. In den vergangenen fünf Jahren enthielten in beiden Zweigen zumeist 20 bis 25% der Verträge eine Befristung.

Im Juli 2023 verzeichnete Spanien noch 2,8 Mio Arbeitslose. Die Quote war bereits im zweiten Quartal auf 11,8% gesunken. Damit erreichte sie den niedrigsten Stand seit 15 Jahren.

Die Europäische Kommission ging im April davon aus, dass der Aufschwung des spanischen Arbeitsmarkts anhalten wird. Gemessen in Vollzeitäquivalenten wird 2023 mit einem Beschäftigungsaufbau um 1,1% gerechnet. Im Folgejahr soll sich die Zunahme auf 1,3% beschleunigen.

Die Alterung der spanischen Bevölkerung wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Da viele Ältere aus dem Berufsleben ausscheiden, werden Stellen frei und die Jugendarbeitslosigkeit sinkt. Laut einem Bericht der Wirtschaftszeitung „Cinco Días“ verfügen jedoch nur 28% der Unternehmen über Strategien, um die altersbedingten Abgänge zu kompensieren. Solche Strategien umfassen die Zusammenarbeit mit Ausbildungsstätten, Mentoringprogramme sowie Praktika. Besondere demographische Herausforderungen bestehen in der Bauwirtschaft, dem Transportgewerbe, der Industrie sowie dem Gastgewerbe.

Offene Stellen zu besetzen, ist für viele Unternehmen nicht einfach. Im August berichtete die Tageszeitung „El Mundo“ beispielhaft über die Gastronomie in der Region Madrid. Dort berichteten 57% der Betriebe über Schwierigkeiten bei der Personalsuche. Grundsätzlich mangelt es demnach nicht an Bewerbungen, häufig jedoch an Berufserfahrung, kurzfristigen Möglichkeiten zur Aufnahme einer Tätigkeit und zeitlicher Verfügbarkeit. Manche neuen Arbeitskräfte hätten zudem viele Bewerbungen auf den Weg gebracht und würden schnell wieder kündigen, wenn sich anderswo eine Chance ergebe.

Im Wettbewerb um Talente setzen Unternehmen häufig auf Flexibilität. Die Tageszeitung „El País“ berichtete im August, dass dies auf Arbeitsbeginn und -ende sowie Urlaubszeiten zutrefte. Demnach findet auch ein Zeitmodell von 8 bis 15 Uhr ohne die verbreitete lange Mittagspause Anklang bei Bewerbern. Gleiches gilt für Möglichkeiten zum Home Office und hybridem Arbeiten.

Mehr Streiks und mehr ausgefallene Arbeitstage

Die Anzahl der Streiks nahm 2022 weiter zu. Mit 679 Ausständen stiegen die Arbeitsniederlegungen um 63 gegenüber dem Vorjahr, so das Arbeitsministerium. Der streikbedingte Ausfall von Arbeitstagen schnellte noch wesentlich stärker in die Höhe. Die Zahl stieg um 68% auf rund 709.000 an.

Von Januar bis Ende April 2023 intensivierte sich das Streikgeschehen nochmals. Mit 313 Ausständen wurden 64 mehr als in der gleichen Vorjahresperiode gezählt. Dadurch fielen knapp 237.000 Arbeitstage aus. Das entsprach einer Zunahme um rund 39%. Der Dienstleistungssektor war mit Abstand am stärksten von den Arbeitsniederlegungen betroffen. Regional betrachtet konzentrierte sich das Streikgeschehen vor allem auf die Wirtschaftszentren Katalonien und Madrid.

Osteuropa und Zentralasien

BALKAN / UMWELTSCHUTZ: DEUTSCHLAND KREDITIERT 1,5 MRD EURO FÜR DAS KLIMA

Deutschland will die Staaten des Westbalkans mit Milliardenhilfen bei ihrem Kampf gegen den Klimawandel und dem Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen. Im Rahmen einer Klimapartnerschaft werde Deutschland bis 2030 Projekte mit insgesamt 1,5 Mrd Euro mitfinanzieren, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz beim Westbalkangipfel in der albanischen Hauptstadt Tirana. Zudem wolle die Bundesregierung weitere 73 Mio Euro für ein Klimaprogramm in Albanien bereitstellen.

BULGARIEN / ENERGIEDISTRIBUTION: TRANSITGEBÜHR FÜR GAS AUS MOSKAU

Nachdem Bulgarien das Bezahlen von russischem Gas in Rubel im letzten Jahr ausgeschlagen hatte und seither Gas aus anderen Quellen bezieht, nimmt der Balkanstaat jetzt das Heft des Handels in die Hand: Bulgarien erhebt eine Durchleitungsgebühr in Höhe von 10 Euro/MWh für Gas fest, das Serbien und Ungarn über das Schwarze Meer aus Russland beziehen.

Die neue Durchleitungsgebühr richte sich gegen den russischen Gaskonzern Gazprom, soll dessen Gewinn schmälern und nicht zu Preissteigerungen für Serbien und Ungarn führen, erklärte Premier Nikolaj Denkow bulgarischen Medien zufolge. Dem bulgarischen Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) Bulgartransgaz drohe ebenfalls keine Insolvenz, wie zuvor Präsident Rumen Radev eingewandt hatte.



Alles kein Grund zur Sorge, so der bulgarische Premierminister Nikolaj Denkow

Mithilfe der Gebühr, so Premier Denkow weiter, könnten sich die Einnahmen des Staatshaushalts erhöhen, und „es besteht eine sehr gute Chance, auf diese Weise einen echten Wettbewerb zwischen Pipeline und Flüssigerdgas zu schaffen, von dem ganz Europa profitieren kann“. Das Ganze liegt jetzt in Brüssel vor und wird dort geprüft.

Ungarn hält an Russland fest

Für Ungarn und Serbien ist das alles keine hinreichende Erklärung. Wie Medien berichteten, sind beide Nachbarn verärgert und warnten in einer gemeinsamen Erklärung, dass das Vorgehen Bulgariens deren Energieversorgung bedrohe.

Einen Überblick über die Gasversorgung in Ungarn gab Außenminister Peter Szijjarto Mitte Oktober in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur „Ria Novosti“. „Wenn wir mit Aserbaidschan oder der Türkei verhandeln, sprechen wir nicht über eine Reduzierung der Gaslieferungen aus Russland“, sagte er zu den Diversifizierungsbemühungen. Ein Langfristvertrag mit Gazprom umfasse die Lieferung von 4,5 Mrd cbm pro Jahr. Der jährliche Gasverbrauch in Ungarn liegt zwischen 8,5 und 10 Mrd cbm.

Offenbar herrscht abseits der Vereinbarungen zwischen Gazprom und Ungarn eine Zusatznachfrage, die durch den Kauf auf dem Markt oder durch einen anderen Vertrag befriedigt werden muss. „Natürlich wird ein erheblicher Teil des Gasbedarfs des Landes durch russische Lieferungen gedeckt“, so Szijjarto.

Serbien plant Vertrag mit Gazprom

Serbien verbraucht weniger als halb so viel Gas wie das EU-Mitglied Ungarn und ist an Lieferungen aus Russland stark interessiert. „Wir gehen davon aus, dass wir noch in diesem Jahr ein Abkommen über langfristige Gaslieferungen aus der Russischen Föderation unterzeichnen werden“, zitierten russische Medien den serbischen Premier Radovan Viskovic. Auf einem Treffen mit Vizepremier Novak, an dem auch das Management von Gazprom teilnahm, sei die Bestätigung hierzu erfolgt. Nun liefen die Verhandlungen.

Zugleich steht die Befürchtung im Raum, dass Gazprom höhere Preise ansetzt, um die neuen Transportgebühren über Bulgarien wettzumachen. Russlands Präsident Wladimir Putin erklärte in China auf einer Pressekonferenz zum Seidenstraßen-Gipfel mit Bezug zu Serbiens Präsident Aleksandar Vucic: „Vucic und ich haben gut miteinander gesprochen. Er ist auch besorgt über die Situation, die sich in seiner Region um Serbien herum entwickelt. Wir teilen diese Bedenken.“

Zusammen mit Ungarn kann Serbien fast die gesamte Menge vom Strang der Schwarzmeer-Gasleitung aufnehmen, der für russische Exporte nach Europa konzipiert und auf eine Transportkapazität von 15,75 Mrd cbm Gas ausgelegt ist. Wie in Ungarn nehmen sich Diversifizierungsschritte in Serbien bescheiden aus.

Szijjarto monierte in seinem Interview, Vorschläge, um mehr Gas in die Region zu bringen, fänden bei der EU kein Gehör. Die Gastransportkapazität sei zu begrenzt. Um mehr Gas aus Aserbaidschan und der Türkei aufzunehmen zu können, müsse dieser Engpass behoben werden.

BULGARIEN / INVESTITIONEN: GESETZGEBER KOMMT NICHT IN DIE GÄNGE

Bulgarien weckt das Interesse internationaler Investoren mit im EU-Vergleich niedrigen Löhnen, Privilegien für die Branchen IT, Automotive und für Forschung und Entwicklung. Zudem stellt die Union üppige Fördergelder bereit. Trotzdem belasten die Korruption in den Behörden, eine niedrige Produktivität und die nach wie vor unsichere politische Entwicklung das Investitionsklima.

Die bulgarische Regierung hat noch keine Fortschritte bei der Umsetzung der ab 2020 geltenden EU-Vorschriften zur Kontrolle ausländischer Investitionen und zur Exportkontrolle in nationales Recht erzielt. Ziel ist es, in allen Mitgliedsstaaten einen Überprüfungsmechanismus zu etablieren, um etwa Geldwäsche zu bekämpfen oder um zu verhindern, dass kritische Infrastruktur in die falschen Hände gerät. Dafür ist jedes EU-Mitglied angehalten, die nationale Gesetzgebung anzupassen. Eine Verpflichtung hat die Union aber nicht ausgesprochen, heißt es in ihrem Bericht über ausländische Direktinvestitionen 2022. In Bulgarien gibt es noch keine nationale Gesetzgebung, die eine Überprüfung von Investitionen regelt. Das heißt, welche Behörde auf welche Weise eine solche Überprüfung durchführen darf, ist unklar.

Vorhaben münden meist in Greenfield-Projekten



Die meisten Investitionen fließen in die Nahrungsmittel- und Metallverarbeitung

Im Jahr 2022 flossen 234 Mio Euro an ausländischen Direktinvestitionen aus Deutschland nach Bulgarien, berichtet die Zentralbank. Davon gingen rund 20% in das verarbeitende Gewerbe. Das meiste Geld entfällt auf exportorientierte Branchen wie die Lebensmittelindustrie, die Metallverarbeitung, Elektroindustrie sowie auf die Energiewirtschaft. In diesen Branchen ist generell der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen am Gesamtbestand am höchsten. Zu den größten Investoren zählen die Niederlande, Österreich, Deutschland, die Schweiz und Griechenland, die größtenteils in Greenfield-Projekte investieren.

Bulgarien ist eine offene Volkswirtschaft innerhalb der EU. Es gibt keine Beschränkungen für Unternehmen, die eine Niederlassung im Land besitzen. Unternehmer profitieren von einer vergleichsweise niedrigen Körperschaft- und Einkommensteuer von jeweils 10%. Die staatliche Holding für die Entwicklung von Industriezonen NCIZ (National Company Industrial Zones) lockt Investoren mit einer beispielsweise bevorzugten Behandlung nach dem Investitionsfördergesetz an. Hiermit bestimmt der Gesetzgeber nach der Höhe der Investitionssumme und der Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze, in welchem Umfang dem Unternehmen Privilegien zustehen. Im Einzelnen bietet Bulgarien den als Investor zertifizierten Unternehmen diese Vorzüge: verkürzte Fristen für Verwaltungsleistungen, Möglichkeit zum Kauf von Immobilien zu Vorzugsbedingungen ohne Ausschreibung oder Wettbewerb, Individuelle Verwaltungsleistungen - die für die Durchführung des Investitionsprojekts erforderlich sind, teilweise Erstattung der obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge des Investors für neu eingestellte Mitarbeitende, finanzielle Unterstützung für die Ausbildung von neu eingestellten Mitarbeitenden zum Erwerb einer beruflichen Qualifikation, Bereitstellung uneingeschränkter institutioneller Unterstützung für vorrangige Investitionsprojekte - einschließlich öffentlich-privater Partnerschaften.

Einzelne Gemeinden im Osten des Landes, wo eine strukturell bedingt höhere Arbeitslosigkeit herrscht, bieten außerdem steuerliche Vorzüge an. Hierzu gehören beispielsweise höhere Abschreibungssätze auf Ausrüstung, um Unternehmen anzulocken.

KASACHSTAN / AUSSENHANDEL: KEIN VERBOT VON EXPORTEN NACH RUSSLAND

Im Handel mit Russland halten sich die eigenen Behörden an den Grundsatz der Gewährleistung des freien Warenverkehrs, es gebe keine Verbote für den Export von Waren in das Land, bestätigte „Nowosti“ zufolge der kasachische Handelsminister Arman Shakkaliev.

„Die Russische Föderation ist unser wichtigster Handelspartner. Unsere Ansätze sind im Abkommen über die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) klar formuliert. Dadurch werden vier Freiheiten gewährleistet. Die Freiheit des Warenverkehrs ist eine der Schlüsselfreiheiten. Ich sage verantwortungsvoll und rechtlich fundiert, dass wir heute im Verhältnis zu Russland keine Verbote in Bezug auf Waren haben“, stellte Shakkaliev klar. Er betonte, dass man Verpflichtungen als EAWU-Mitglied strikt nachkomme: „Daher gibt es keine Exportverbote nach Russland.“

Zuvor hatte sein Stellvertreter Kairat Torebaev ein Exportverbot für 106 Arten von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Russland angekündigt. Später bezeichnete der Pressedienst des

Ministeriums für Handel und Integration dies als falsch und berichtete, dass die Behörden im Kontext mit antirussischen Sanktionen kein Exportverbot für Waren nach Russland verhängt hätten. Das Ministerium stellte klar, dass der Handel mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, die Exportkontrollen unterliegen, im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen Kasachstans erfolge. Gemäß der Gesetzgebung des Landes ist für die Ausfuhr, Einfuhr und Durchfuhr solcher Waren eine entsprechende Lizenz erforderlich.

KASACHSTAN / FAHRZEUGE: ZUGPFERD FÜR DIE BRI

Kasachstan und China unterzeichneten während des offiziellen Besuchs von Präsident Kassym-Jomart Tokajew in Beijing 30 Handelsdokumente im Wert von 16,54 Mrd US-Dollar, berichtete der Pressedienst Akorda laut „Astana Times“. Kasachische und chinesische Großunternehmen und Institutionen beschlossen unter anderem Abkommen über den Technologietransfer für die Produktion, die Eröffnung von Kreditlinien, die Lieferung von Fahrzeugen, die mit neuen Energiequellen betrieben werden, sowie Handels- und Investitionsabkommen.



Präsident Tokajew will seine Loks auf chinesische Schienen setzen

Der Präsident führte mehrere Gespräche mit den Leitern der größten chinesischen Unternehmen, darunter die CITIC-Gruppe und Sinopec. Während des Treffens mit dem Vorsitzenden und Geschäftsführer der CRRC, Sun Yongcai, sprachen die Parteien über die Zusammenarbeit in den Bereichen Maschinenbau und Eisenbahnverkehr. Die kasachische Temir Zholy National Railway Company und CRRC unterzeichneten eine Vereinbarung im Wert von 1,3 Mrd Dollar zum Kauf von 200 Rangier- und Strecken-Diesellokomotiven und die Einrichtung von Technik- und Servicezentren in Kasachstan. Tokajew wies darauf hin, dass das Land an einer tiefgreifenden Lokalisierung der Lokomotivenproduktion unter Verwendung fortschrittlicher Technologien und der Einrichtung von Servicezentren für Eisenbahnausrüstung interessiert sei. Er betonte zudem, dass Kasachstan ein wichtiges Transport- und Logistikzentrum ist, über das CRRC Zugang zu den eurasischen und europäischen Märkten erhält. Auch unterstütze er die Pläne des Unternehmens, 200 Mio Dollar zu investieren. „In den 20 Jahren der Zusammenarbeit hat Kasachstan fast 300 Personenwagen und Lokomotiven sowie 6.000 Güterwagen von CRRC gekauft. Ich bin zuversichtlich, dass wir alle Möglichkeiten haben, unsere Partnerschaft auf eine neue Stufe zu heben“ sagte Tokajew.

Die CRRC ist der weltweit größte Hersteller von Schienenfahrzeugen, der fast 50% des globalen Marktes für die Produktion von Lokomotiven beherrscht. Bei den Gesprächen mit Hui Jiao Yu, dem Vorsitzenden des Logistikunternehmens YTO Express Group, erörterten beide Seiten die Aussichten für eine Zusammenarbeit in den Bereichen E-Commerce, Transport und Logistik. Präsident Tokajew wies darauf hin, dass große Marktplätze wie Alibaba, Wildberries, OZON und JD.com in Kasachstan tätig sind. Bis 2030 plant das Land, seinen Anteil am E-Commerce auf 20% des gesamten Handelsmarktes zu erhöhen.

Bei dem Treffen ließ sich der Präsident die Pläne der Firma, in den heimischen Markt einzutreten und in Kasachstan ein Büro für Zentralasien zu eröffnen. „Wir haben große Chancen auf eine für beide Seiten vorteilhafte Kooperation im Rahmen der Belt&Road-Initiative (BRI). Heute ist der

elektronische Handel einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaftssektoren, der rund 7 Bill Dollar des globalen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet“, sagte Tokajew.

Weitere Projekte folgen

Der kasachische Verkehrsminister Marat Karabajew erläuterte eine Reihe wichtiger Dokumente zu den Verkehrsbeziehungen, die während des offiziellen Besuchs des Präsidenten in China unterzeichnet wurden. „Das kasachische Verkehrsministerium unterzeichnete vier Dokumente mit chinesischen Partnern. Bei zwei davon handelt es sich um zwischenstaatliche Abkommen zur Entwicklung der Transkaspischen Internationalen Transportroute. Diese Dokumente sehen die Entwicklung des multimodalen Verkehrs in ganz Kasachstan und des Containertransports vor. Das dritte Dokument sieht den Bau der Eisenbahnlinie Tacheng-Ayagoz, den Bau eines dritten Eisenbahnkontrollpunkts zwischen Kasachstan und China sowie die Einrichtung von Grenz-Terminals vor. Das vierte Dokument stellt einen neuen Ansatz für die Entwicklung einer Luftverkehrsrouten dar, die die Grundlage für das rasche Wachstum von Frachtdrehkreuzen in Kasachstan bilden wird“, sagte Karabajew.

OSTEUROPA / INFRASTRUKTUR: EU PLANT NEUE SCHWARZMEER-VERBINDUNGEN

Rumänien und Ungarn wollen den Waren- und Energietransport nach Georgien und Aserbaidschan ausbauen und einen Beitrag zur Global Gateway-Strategie der EU leisten. Dazu vereinbarten die beteiligten Länder die Verlegung eines Untersee-Stromkabels von Georgien durch das Schwarze Meer nach Rumänien.

Der Betreiber des georgischen Energiesystems, GSE, berichtete bereits über Pläne, bald eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Von dem insgesamt 1.195 km langen Kabel müssen etwa 1.100 km unter Wasser und 95 km über Land verlegt werden. Der Staatskonzern beziffert die Investitionssumme für das Vorhaben auf 2,3 Mrd Euro. Mit dem Bau des Kabels soll im nächsten Jahr begonnen werden. Die Inbetriebnahme ist jedoch nicht vor 2029 vorgesehen.

Diese Verbindung schafft neue Möglichkeiten für den Handel mit grüner Energie. Aserbaidschan plant, im Kaspischen Meer seine Offshore-Windparks auszubauen. Auch Rumänien will künftig mehr grüne Energie aus Offshore-Windkraft erzeugen.

POLEN / ENERGIEERZEUGUNG: AUSBAU LÄUFT NICHT SCHNELL GENUG

Angesichts der russischen Aggression gegen die Ukraine will Polens Klimaministerium die nationale Energiestrategie um ein neues Ziel erweitern. Neben einer emissionsarmen Produktion soll der Fokus in Zukunft auch auf Energiesouveränität liegen. Ein Streitthema ist die zukünftige Rolle der Kohle. Die Arbeit an der Strategie könnte bis 2024 dauern.

Unabhängig davon schließen staatliche Versorger neue Importabkommen. Russland war 2021 größter Lieferant fossiler Energieträger. Seit Anfang 2023 zählen Saudi-Arabien, Norwegen, die USA, Katar und Kolumbien zu den wichtigsten Partnern.

Zusätzliche Lieferanten helfen, die Energiemärkte zu beruhigen. Zwar legte der Industriestrompreis Ende 2022 gegenüber dem Vorjahr um 44% zu. Der Wert war laut Eurostat mit 15,6 Cent je kWh aber um ein Viertel unter dem europäischen Mittel. Die Gaspreise am Spotmarkt der Energiebörse TGE (Towarowa Gielda Energii) normalisieren sich weiter. Im August 2022 kostete die Megawattstunde hier durchschnittlich 235 Euro. Im Juli 2023 waren es 34 Euro.

Als Reaktion auf die Verwerfungen am Energiemarkt hatte Polens Regierung auch Preisdeckel auf Strom und Gas eingeführt. Sie gelten bis Ende 2023 für Privathaushalte und für mittelständische Unternehmen. Energieintensive Großbetriebe erhalten Subventionen. Ob die Preisdeckel verlängert werden, bleibt offen. Die Europäische Kommission schätzt die Kosten aller Energieprogramme Polens auf 1,7% des BIPs.

Der Thinktank Forum Energii kommentiert, Polen erkaufe sich einen Teil der niedrigen Preise mit staatlichen Zuschüssen. Diese Preisstützen sind also nicht nur wegen des Ukraine-Kriegs nötig, sondern auch, weil ein Großteil der Strom- und Wärmeversorgung an der Kohle hängt. Die Erzeuger

müssen teure Emissionszertifikate einkaufen, die 2022 ein Viertel der Stromrechnung von Privathaushalten ausmachten. Preise für Spot- und Termingeschäfte an der TGE liegen über dem europäischen Durchschnitt.

Gas soll Kohle ersetzen

Gas soll einen Teil der Kohle ersetzen und Emissionen senken. Der Umstieg wird laut dem Energiestrategie-Entwurf aber kleiner ausfallen als ursprünglich geplant. Prognosen zufolge steigt der Gasbedarf bis 2035 um 35% auf 27 Mrd cbm. Dank der Baltic Pipe nach Norwegen, dem Flüssiggasterminal in Swinoujscie und weiteren Leitungen gibt es viele Bezugsmöglichkeiten.

Der polnische Energiekonzern Orlen will seine jährliche Gasförderung bis 2030 von heute 7,7 Mrd auf 12 Mrd cbm ausbauen. Vor der Küste Norwegens erschließt das Unternehmen Gasfelder, auch mit deutschen Partnern wie Wintershall DEA. Außerdem ersetzt das Unternehmen Kohlekraftwerke durch Gasanlagen. Wasserstoff und Biomethan fristen noch ein Nischendasein.

Verdopplung bei Erneuerbaren



Energieversorger haben den Bau mehrerer Großanlagen angekündigt

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung soll bis 2040 auf 50% steigen. Große Hoffnungen ruhen auf Photovoltaik. Bislang investieren vor allem Privathaushalte. Die Energieversorger wiederum haben Großanlagen angekündigt. Das deutsche Unternehmen Goldbeck baut in Westpolen den größten Solarpark des Landes. Zusätzlich sollen bis 2040 Offshore-Windanlagen mit 18 GW ans Netz gehen. Siemens Energy liefert Turbinen. Zur Sicherung der Grundlast will Polen Atomkraftwerke bauen. Die Finanzierung der geplanten Reaktoren ist jedoch unklar.

Nach Ansicht der Netzbehörde URE (Urząd Regulacji Energetyki) dauert der Bau neuer Kraftwerke zu lange. Die geplanten Anlagen reichen zudem nicht aus, um die auslaufenden Kohlekraftwerke zu ersetzen. Die langsame Baudynamik hängt auch mit Polens überlastetem Stromnetz zusammen. Netzbetreiber lehnen immer häufiger den Anschluss neuer Anlagen ab. Laut Energiestrategie müssten die Unternehmen bis 2040 über 110 Mrd Euro in den Netzausbau investieren. Das Versorgungsunternehmen Tauron hat bereits angekündigt, Einnahmen aus dem Verkauf seiner Kohlekraftwerke zu investieren. Hintergrund: Staatskonzerne sollen ihre Kohlekraftwerke an eine Auffanggesellschaft veräußern. Die Europäische Kommission muss dem Plan zustimmen.

Förderprogramme unterstützen

Für die Modernisierung der Netze und den Bau neuer Kraftwerke stehen weitere Mittel bereit. Zu den wichtigsten Geldquellen gehören das EU-finanzierte Programm FENiKS, der europäische Wiederaufbaufonds und Einnahmen aus dem Verkauf von Emissionszertifikaten. Polen will 40% der Zertifikaterlöse in einen Fonds übertragen. Das Kabinett hat ein Gesetz für das dritte Quartal 2023 angekündigt.

Eine zentrale Rolle bei der Verteilung von Fördergeldern spielt der Umweltfonds NFO-SiGW. Er subventioniert Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen. Die Absatzdynamik letzterer hat sich im ersten Halbjahr 2023 jedoch verlangsamt. Laut Verband PORT PC fehlt wegen der Energiepreissbremsen ein Anreiz zum Umrüsten.

Wärmepumpen sind auch Bestandteil von Polens Wärmestrategie. Ein Entwurf sieht vor, Kohle durch Gas zu ersetzen. Später kommen Biomasse und Strom hinzu. Außerdem soll das Fernwärmenetz wachsen. Heute ist die Hälfte der Haushalte angeschlossen.

Deutsche Unternehmen arbeiten an vielen Projekten in Polen mit. Nicht nur im Bereich der

erneuerbaren Energien gibt es Chancen, wie die Beispiele vom Gasmarkt zeigen. Eine Herausforderung ist der fehlende politische Konsens. Dadurch können sich Projekte verzögern. Hinzu kommt: Die Finanzierung ist nicht immer gesichert. Gelder aus dem Wiederaufbaufonds fließen aktuell nicht, weil eine zwischen Polen und der Europäischen Kommission ausgehandelte Justizreform beim Verfassungsgericht festhängt.

SERBIEN / AUSSENHANDEL: FREIHANDELSABKOMMEN MIT CHINA UNTERZEICHNET

China und Serbien haben ein gemeinsames Freihandelsabkommen beschlossen. Die Vereinbarung mit dem zweitgrößten Handelspartner „öffnet neue Perspektiven für die Beziehungen unserer beiden Länder“, erklärte Serbiens Präsident Aleksandar Vucic auf Instagram. Die Unterzeichnung erfolgte in Beijing am Rande von Chinas internationalem Forum zu Belt&Road-Initiative.

Details der Vereinbarung wurden zunächst nicht bekanntgegeben. Vucic sprach davon, dass etwa serbische Produzenten von Obst, Honig und Wein davon profitieren würden. Er hoffe, dass das Abkommen im kommenden Mai oder Juni in Kraft treten werde. Der Präsident war nach Beijing gereist, statt an einem Balkangipfel in der albanischen Hauptstadt Tirana teilzunehmen.

China hat in den letzten Jahren Milliarden in Serbien und den benachbarten Ländern investiert, um seinen Einfluss in der Region zu vergrößern. Im letzten Jahr kam rund ein Drittel der ausländischen Investitionen in Serbien aus China (1,4 Mrd Euro).

TSCHECHIEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: EU GENEHMIGT MILLIARDEN-HILFEN

Die EU-Kommission hat staatliche Beihilfen in Tschechien und Polen in Milliardenhöhe genehmigt. So darf die tschechische Regierung die Dekarbonisierung und Energieeffizienz in der Industrie mit insgesamt 2,5 Mrd Euro fördern. Dabei sollen Fertigungsunternehmen, die dem EU-Emissionshandel unterliegen, unterstützt werden, ihre Produktionsprozesse zu dekarbonisieren und Energieeffizienz zu steigern, teilte die Kommission weiter mit.

Ziel sei es, den energieintensiven Branchen in Tschechien dabei zu helfen, ihre CO₂-Emissionen um mindestens 40% und den Energieverbrauch um 20% zu reduzieren. Die polnische Regierung darf nach der Kommissionsentscheidung die energieintensive Industrie mit 1,2 Mrd Euro unterstützen, um die durch den Ukraine-Krieg entstandenen höheren Energiekosten zu kompensieren. Die Beihilfen werden in Form von direkten Zuschüssen gewährt.

UKRAINE / FÖRDERUNG: DEUTSCHLAND STELLT NEUE MITTEL FÜR WIEDERAUFBAU BEREIT

Die zusätzlichen Mittel für privatwirtschaftliche Initiativen in der Ukraine stellt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Unternehmen über einen speziellen Ideenwettbewerb zur Verfügung. Dieser richtet sich an Unternehmen, die bereit sind, sich im Land zu engagieren und mit ihren Projekten zum Wiederaufbau des Landes beizutragen. Der Fokus liegt auf vier für den Wiederaufbau relevanten Bereichen:

- Landwirtschaft
- Gesundheit
- Bauen
- erneuerbare Energien

Eine Bewerbung um die Sondermittel ist ab sofort und bis Ende 2024 bei der DEG Impulse oder der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit möglich. Neben einer finanziellen Förderung bis zu 2 Mio Euro erhalten die Unternehmen auch eine fachliche Beratung für die Umsetzung

der Projekte. Informationen zu den Teilnahmevoraussetzungen und den Bewerbungsmodalitäten finden Interessierte auf der Webseite des Sonderwettbewerbs.

UKRAINE / HANDEL: FILIALERÖFFNUNGEN STEIGEN TROTZ KRIEGSHANDLUNGEN DEUTLICH

Laut einer Studie von GT Partners Ukraine ist das Netz des größten ukrainischen Lebensmitteleinzelhändlers ATB innerhalb eines halben Jahres um 2,2% gewachsen. Der Einzelhändler eröffnete 10 Geschäfte und die Zahl der Verkaufsstellen stieg auf 1.187. Das berichtet „UBN.news“. Die Fozzy Group steht an zweiter Stelle, gemessen an der Anzahl der Geschäfte. Das Netz der Gruppe wuchs um 2,5% auf 709 Geschäfte. Im ersten Halbjahr eröffnete das Unternehmen 17 Läden.

Das Einzelhandelsunternehmen Clever Stores aus Lutsk verzeichnete die höchste Wachstumsrate (16,2%). Die Firma eröffnete 28 Geschäfte unter den Marken Sim23 und Simi. Inzwischen ist sein Netz auf 194 Geschäfte angewachsen. Zwei weitere Einzelhändler mit der gleichen Anzahl von Geschäften (156) sind die regionale Kette Fayno Market aus Kropyvnytskyi und Delvi aus Kyjiw. Das Entwicklungstempo von Fayno Market war doppelt so hoch wie das von Delva - 12,2% gegenüber 5,4%. Ersterer eröffnete 17 Geschäfte, zweiterer 13.

Die meisten neuen Geschäfte wurden im Westen der Ukraine eröffnet - etwa 34,9%. Insgesamt wuchs der Einzelhandelsumsatz nach Zahlen des Statistikamtes Ukrstat im ersten Halbjahr um 7,3% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Wenn man nur die Ergebnisse des Monats Juni zugrunde legt, gab es sogar einen Sprung um 23,3%.

UKRAINE / WASSERVERSORGUNG: IDEALZIEL EUNORM

Nach 18 Kriegsmonaten und dem Bruch des Kachowka-Staudamms muss die vor fast genau einem Jahr veröffentlichte Prognose, dass die veranschlagten 40 Mrd Euro für die Modernisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung benötigt, erheblich nach oben korrigiert werden. Wie Per Brodersen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft anhand ukrainischer Angaben vorrechnet, zerstörte der Dammbbruch in der Region Cherson über 90% und in der Region Saporischschja rund 70% der Bewässerungsanlagen.

Ende Juni stellte die ukrainische Regierung ihre „Strategie zur Entwicklung der Landwirtschaft“ vor, die den Investitionsbedarf auf über 52 Mrd Euro beziffert. Davon entfallen knapp 7,4 Mrd Euro auf Bewässerungssysteme. Bis zum Jahr 2033 sollen für von Dürre betroffene Agrarflächen in den südlichen und östlichen Landesteilen knapp 3.700 Euro je ha investiert werden. Davon 2.300 Euro in Bewässerungs- und Wasserverteilsysteme, die restlichen 1.400 Euro in Kanäle und Pumpstationen. Das Ministerium für Agrarpolitik und Nahrungsmittel hat bereits einige Partner bekanntgegeben: Neben den heimischen Unternehmen Fregat, Variant Irrigation und Voda Ukrainy finden sich internationale Firmen wie JUB, Lindsay, Nelson, Netafim und Valley.



Nach der kriegsbedingten Notversorgung kommt die Optimierung

Durch den Krieg reicht der Investitionsbedarf von der Notversorgung der Bevölkerung bis zur Anpassung der ukrainischen Abwasserwirtschaft an EU-Standards. Zur Notversorgung gehören mobile Wasseraufbereitungsanlagen, beispielsweise eine von Kärcher, die seit Juni Einwohner der Region Mykolajiw mit bis zu 5.000 l sauberen Wassers pro Stunde versorgt.

Am oberen Ende der Skala befindet sich das Ziel die EU-Normen für Abwasserwirtschaft zu erreichen. Anfang 2023 passte das Parlament in Kyjiw mit der Annahme des Gesetzentwurfs Nr. 6478 die ukrainischen Regelungen zur Abwasserentsorgung an die EU-Ratsrichtlinie 91/271/EWG an.

Bereits im April genehmigte die Europäische Investitionsbank zusätzliche 20 Mio Euro für den Ausbau des Wasserversorgungs- und Entwässerungssystems in Mykolajiw. Das Geld soll vor allem für den Wiederaufbau von Wasseraufbereitungsanlagen und einer Pumpstation sowie den Bau eines Lagerbeckens für Sedimente genutzt werden. Die Mittel sind Teil des Darlehensprogramms „Municipal Infrastructure Development Program of Ukraine“ mit einem Gesamtvolumen von 400 Mio Euro.

Bei der Finanzierung aufs Ausland angewiesen

Nur für wenige kommunale Projekte finden sich Finanzmittel im Haushalt. Vieles kann bloß dank ausländischer Geber realisiert werden. Die höchsten Beträge stellt die EU zur Verfügung. Erst Anfang August gewährte die Entwicklungsbank KfW der Region Tscherniwzi einen Zuschuss von knapp 15 Mio Euro für die Verbesserung der Wassermanagementinfrastruktur.

Seit dem Frühjahr erarbeitet die Internationale Klimaschutzinitiative der Bundesregierung zusammen mit der Europäischen Investitionsbank und dem ukrainischen Ministerium für Wiederaufbau Kriterien für die Auswahl der Anträge von Wasserversorgungsfirmen, die sich am Programm zur Sanierung und Modernisierung des Sektors beteiligen wollen. Diese können mit Fachwissen und Finanzhilfen rechnen.

USBEKISTAN / INVESTITIONEN: AUSLANDSKAPITAL FLIEßT

Das Interesse des Auslands am usbekischen Markt wächst rasant. Ein Indiz hierfür ist die steigende Zahl aktiver Firmen mit einer ausländischen Kapitalbeteiligung.

Für diesen Trend gibt es handfeste Gründe: Der Republik im Herzen Zentralasiens ist es innerhalb weniger Jahre gelungen, ihre Wirtschaft stärker marktorientiert auszurichten und die Kooperation mit dem Ausland auf eine neue Stufe zu stellen.

Usbekistan hat zudem gute Chancen, von der Neuaufstellung der europäischen Lieferketten zu profitieren, denn das Potenzial als Liefer- und Beschaffungsmarkt ist noch wenig ausgeschöpft.

Verteilung der Unternehmen mit einer Auslandsbeteiligung nach Provinzen	
<small>(Stand: 1. August 2023)</small>	
Hauptstadt Taschkent	64,0%
Gebiet Taschkent	11,2%
Samarkand	4,2%
Fergana	3,5%
Andere Provinzen	17,1%
<small>Quelle: Agentur für Statistik Usbekistans 2023</small>	

Die Zahl der aktiven Firmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung hat sich nach dem Start umfassender Wirtschaftsreformen Ende 2016 nahezu verdreifacht - von rund 4.700 auf fast 12.800 zum 1. August 2023. Offiziell registriert waren zu jenem Zeitpunkt 17.659 Unternehmen. Die höhere Zahl der Registrierungen im Vergleich zu den aktiven Firmen lässt vermuten, dass viele noch in der Startphase ihrer Geschäftstätigkeit stecken oder mit der Vorbereitung ihrer Investitionsprojekte befasst sind. Seit 2019 haben sich im Schnitt jährlich gut 2.000 Firmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung neu registriert.

Die Bedeutung von Unternehmen mit Auslandskapital für die Wirtschaft ist beachtlich. Obwohl die Firmen aktuell nur 2,7% aller im Land registrierten Unternehmen ausmachen und auf sie nur 6% aller regulären Arbeitsplätze im Land entfallen, machten sie 2021 etwa 15% der Produktion, 24% der Bruttoanlageinvestitionen und 20% des Außenhandelsumsatzes Usbekistans aus.

Hauptstadtregion zieht die meisten Firmen an

Mehr als 75% aller aktiven Firmen sind im Ballungsgebiet Taschkent registriert. Der hohe Anteil verwundert nicht. Die Hauptstadt und die angrenzende, gleichnamige Provinz mit einer Bevölkerung von 6 Mio Menschen bilden das Hauptwirtschaftsgebiet des Landes. Es stand im Jahr 2022 für 32% des landesweiten Bruttoregionalprodukts (absoluter Wert: 21,8 Mrd US-Dollar). Auf die hier ansässigen Wirtschaftssubjekte entfielen 2022 60% der Importe von Waren und Dienstleistungen sowie 35% der Exporte Usbekistans. In der Region sind fast alle ausländischen Niederlassungen registriert.

Die Hauptstadtregion gilt auch als Eldorado des Investitionsgeschehens im Land. Ihr Anteil an den landesweit realisierten Investitionen betrug 2022 hohe 34%. In Taschkent und Umland summierten sich die Bruttoanlageinvestitionen in jenem Jahr auf 8,3 Mrd Dollar.

Entwicklungspläne für Taschkent locken

Ehrgeizige Ausbaupläne für die Stadt Taschkent sprechen dafür, dass die Metropole auch künftig nichts von ihrer Sogwirkung auf Unternehmen mit Auslandskapital verlieren wird. Die Ziele für die Stadtentwicklung sind in einem Aktionsplan für die Jahre 2022 bis 2026 verankert. Im Juli 2023 hat die Regierung diesen Plan konkretisiert und zugleich für den Zeitraum bis 2030 erweitert. Taschkent soll bis dahin zu den Top 50 der lebenswertesten Städte der Welt aufsteigen, heißt es im neuen Entwicklungsplan.

Das Ziel ist ambitioniert. Im jüngsten Global Liveability Index 2023 der britischen Economist-Gruppe belegt Taschkent lediglich Rang 157 unter 172 untersuchten Städten. Mit Investitionen von etwa 40 Mrd Dollar in die Industrie und den Dienstleistungssektor soll Taschkent zu den Metropolen der Welt aufschließen. Das Bruttoregionalprodukt soll sich infolgedessen bis 2030 verdreifachen.

Russland, China und die Türkei sind Hauptpartner

Die meisten ausländischen Firmeninhaber oder -partner in den Unternehmen mit einer ausländischen Kapitalbeteiligung stammen aus Russland, China und der Türkei. Bemerkenswert sind zudem wachsende Engagements aus den zentralasiatischen Nachbarländern auf dem usbekischen Markt. Aus diesen Ländern waren zum 1. August rund 1.700 Firmen tätig. Das Gros dieser Partner kommt aus Kasachstan.

Bei den im Jahr 2022 neu gegründeten Auslands- und Gemeinschaftsunternehmen nimmt Russland mit 967 Firmenregistrierungen eine Spitzenstellung ein. Dahinter folgen die Türkei (369), China (275) und Kasachstan (195). Bei den Neugründungen in den ersten sieben Monaten 2023 führten ebenfalls Firmen aus Russland (425), China (329), der Türkei (143) und Kasachstan (94).

Deutsche Gelder haben sich verdoppelt

Kapital aus der Bundesrepublik ist heute an rund 230 Firmen gänzlich oder teilweise beteiligt. Dies entspricht gut einer Verdoppelung gegenüber dem letzten Jahr vor den Wirtschaftsreformen 2016 (112). Im Jahr 2022 wurden 39 und in den ersten sieben Monaten 2023 weitere 17 solcher Unternehmen gegründet. Unter den Neuregistrierungen sind beispielsweise WIKA Instrumentation (Druck-, Temperatur- und Kalibriertechnik) und thyssenkrupp Mining Technologies (maßgeschneiderte Bergbaulösungen) zu nennen. Außerdem sind etwa 35 deutsche Firmenrepräsentanzen im Land akkreditiert, darunter auch Repräsentanzen von drei Banken: Commerzbank, KfW und LBBW (Landesbank Baden-Württemberg). Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, ein Tochterunternehmen der KfW, ist seit 2020 Aktionär der usbekischen Geschäftsbank Ipak Yo'li. Handelsunternehmen sind die Treiber bei den Auslands- und Gemeinschaftsunternehmen. Sie stehen für ein Viertel der usbekischen Importe. Rege sind die Aktivitäten ausländischer Akteure in der

verarbeitenden Industrie. Mehr usbekisch-ausländische Partnerschaften sind künftig auch im Agrarsektor, in der Gesundheitswirtschaft und in der IT-Branche zu erwarten.

Naher Osten und mittlerer Osten

IRAN / INVESTITIONEN: VOM EL DORADO ZUR NO-GO-ZONE

Angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen in Iran hat der Bund die Neuübernahme von Investitionsgarantien mit Wirkung ab Januar 2023 ausgesetzt. Nach Inkrafttreten des Atomvertrages (Joint Comprehensive Plan of Action/JCPOA) Anfang 2016 waren auf Basis des deutsch-iranischen Investitionsschutzförderungs- und -schutzvertrags von 2005 Investitionsgarantien wieder möglich.

Seit vier Jahren gehört der Iran zu den Ländern mit Investitionsprojekten unter Krisenmanagement. Hier wird versucht, das Eintreten des Entschädigungsfalls abzuwenden. In Iran geht es um „enteignungsgleiche Maßnahmen“ und „Konvertierungs- und Transferrisiken“. Bislang ist es noch nicht zu einem Schadens-/Entschädigungsfall gekommen.

Als Folge der Reaktivierung der US-Sanktionen lagen dem Bund ab Ende 2018 keine Anträge auf Neuübernahmen von Investitionsgarantien mehr zur Entscheidung vor. Es gab jedoch eine größere Zahl von offenen Anträgen, die aber aufgrund unvollständiger Unterlagen nicht entscheidungsreif waren.

Bei den 2017 genehmigten Bundesgarantien lag Iran unter den Top-5-Ländern. Sechs Anträge für Iran-Projekte im Wert von 77,2 Mio Euro erhielten 2017 grünes Licht. Es folgten 2018 weitere neun Vorhaben. Im Zeitraum 2016 bis 2018 summierten sich die Garantien auf 123 Mio Euro. Derzeit stehen im Iran 17 Projekte unter dem Schutz einer Investitionsgarantie des Bundes.

Wieder steigende FDI auch aus Deutschland

Die Deutsche Bundesbank weist für 2022 bei den deutschen Netto-Direktinvestitionen in Iran einen Transaktionswert von 236 Mio Euro aus. Das war der höchste Wert seit 2014. Hintergrund für diese Entwicklung ist, dass bis September 2022 noch relativ große Hoffnungen auf eine Einigung im Atomstreit bestanden. Der Betrag setzt sich aus 114 Mio Euro reinvestierten Gewinnen, 123 Mio Euro Krediten an verbundene iranische Unternehmen und aus 5 Mio Euro neuem Beteiligungskapital zusammen. Kapitalanlagen für 6 Mio Euro wurden 2022 abgestoßen.

Die Bundesbank-Statistik gibt für 2021 den Direktinvestitionsbestand im Iran mit 471 Mio Euro an. Erfasst wurden 23 deutsche Unternehmen mit insgesamt 2.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 1,1 Mrd Euro.

Nach UNCTAD-Angaben erhöhte sich der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in Iran zwischen 2015 und 2022 von 45,1 Mrd auf 61,6 Mrd US-Dollar.



Peugeot verließ den Iran 2012, kehrte 2016 zurück, um ihn 2018 wieder zu verlassen

Nach der Lockerung der Wirtschaftssanktionen Anfang 2016 erhöhte sich der Netto-Direktinvestitionszufluss in den Iran gegenüber dem Vorjahr um 64% auf 3,4 Mrd Dollar. 2018 wurde mit 5 Mrd Dollar (UNCTAD-Statistik) ein historischer Höchststand erreicht.

In den Jahren 2019 und 2020 ging es bergab, nachdem der damalige US-Präsident Trump die Sanktionen 2018 wieder reaktiviert hatte. Der Zufluss lag 2020 bei nur noch 1,3 Mrd Dollar. Für 2021 und 2022 wird eine leichte Erholung auf 1,4 Mrd und 1,5 Mrd Dollar ausgewiesen.

Nach der Sanktionslockerung 2016 wurde mit vielen ausländischen Investoren über neues Engagement verhandelt. Zu den Schwerpunkten gehörten der Kfz-Sektor, die Petrochemie und Infrastrukturprojekte. Westliche Autobauer zeigten großes Interesse an Investitionsprojekten. Vorreiter war Peugeot. Das im Iran stark verankerte Unternehmen hatte sich 2012 aus dem Land verabschiedet, war aber 2016 zurückgekehrt. Aufgrund der Reaktivierung der US-Sanktionen erfolgte 2018 erneut ein Rückzug. Auch in der Petrochemie wurden Gespräche mit westlichen Investoren, darunter auch große deutsche Unternehmen, abgebrochen. Gegenwärtig richten sich die Hoffnungen auf China, das aber bisher Zurückhaltung zeigt.

ISRAEL / WIRTSCHAFT & POLITIK: KRIEG FEGT JUSTIZREFORM VOM TISCH

Am 12. Oktober wurde in Israel eine Notstandsregierung gebildet. Ihr Ziel ist es, den politischen und sozialen Zusammenhalt für die Dauer des Gaza-Krieges sicherzustellen. Zu den bisherigen Partnern kam die zentristische Partei des ehemaligen Verteidigungsministers Benny Gantz hinzu. Um deren Zustimmung zum Eintritt in die erweiterte Ministerrunde zu sichern, musste Netanjahu Zugeständnisse machen.



Die Regierung von Ministerpräsident Netanjahu gerät weiter unter Druck

Unter anderem wurde vereinbart, die Regierung werde für die Dauer des Krieges keine Gesetze vorantreiben und keine Beschlüsse fassen, die nicht mit der Kriegsführung zusammenhängen. Damit ist vor allem die von Netanjahu vorangetriebene radikale Justizreform gemeint. Dieser hat sich Gantz - wie die gesamte israelische Opposition - vehement widersetzt.

Für die israelische Wirtschaft ist das eine beruhigende Nachricht. Die Justizumwälzung, bei der der Judikative die Kontrollbefugnisse gegenüber Regierung und Parlament weitgehend entzogen werden sollten, hatte nämlich bereits vor ihrer Vollendung zu negativen wirtschaftlichen Folgen geführt.

Zu diesen gehörte insbesondere eine Verunsicherung ausländischer Investoren und eine Schwächung des für Israel existenziell wichtigen heimischen High-Tech-Sektors. Beispielsweise war der Anteil neuer israelischer Start-ups, die ihren Hauptgeschäftssitz im Ausland registrieren ließen, steil gestiegen.

In den ersten neun Monaten 2023, also seit Bekanntgabe der Regierungspläne, verlor der Schekel 8% seines Wertes gegenüber dem US-Dollar. Das, so Zentralbankgouverneur Amir Yaron, sei eine Risikoprämie gewesen, mit der sich der Weltmarkt gegen die durch die Justizreform verursachten Unwägbarkeiten abgesichert hätte.

Eine Forschergruppe der renommierten israelischen Denkfabrik Institute for National Security Studies hat die Verluste geschätzt, die der Wirtschaft von der Verkündung der Reform bis September 2023 entstanden sind. Sie rechneten einen Betrag von 40 Mrd US-Dollar hoch. In diese Schätzung floss auch der durch die Regierungspläne verursachte Rückgang ausländischer Investitionen ein.

Weitreichende politische Änderungen erwartet

Die wohl lückenhafte Informationslage von Regierung und Armee im Vorfeld des verheerenden Angriffs der Hamas-Organisation am 7. Oktober lässt erwarten, dass sich die politische Landschaft nach Kriegsende tiefgreifend verändert. Bildungsminister Yoav Kisch hat bereits prognostiziert, die Regierung werde „zur Rechenschaft gezogen“.

Unter diesen Umständen gilt es als wahrscheinlich, dass die radikale Reform, die die Gesellschaft tief spaltete, nicht mehr durchsetzbar sein wird. An den Schrecken des Krieges wird das nichts ändern. Langfristig wären ein Ende der Konfrontation über die Reformen und beispielsweise eine Konsenslösung für Änderungen im Justizwesen eine wichtige Weichenstellung. Eine solche käme auch der Wirtschaft zugute.

KATAR / AUSSENHANDEL: GESPRÄCHE MIT CHINA WERDEN FORCIERT

Katar möchte bei dem seit langem diskutierten Freihandelsabkommen zwischen China und dem Persischen Golf eine wichtigere Rolle spielen, nachdem in diesem Jahr ein 28,8 Mrd-Dollar-Geschäft über den Verkauf von Erdgas abgeschlossen wurde und die chinesische Hilfe beim Ausbau der Solarenergie aufgestockt wurde, so der Generalkonsul des Scheichtums Ali Saad Al-Hajri in Hongkong.

Katar verhandelt zusammen mit fünf anderen Ländern im Rahmen des Golf-Kooperationsrates über ein Abkommen mit China. Die Gespräche des Rates begannen 2004. „Wir diskutieren immer noch darüber, es wird also einige Zeit dauern, aber ich denke, das Ergebnis wird für beide Seiten zum Vorteil sein“, sagte Ali Saad Al-Hajri gegenüber der „South China Morning Post“.

Die Beziehungen zwischen Katar und China im Energiebereich werden nicht von „geopolitischen Schocks“ gestört, sagte Zha Daojiong, Professor an der School of International Studies der Universität Beijing. „Bessere Wirtschaftsbeziehungen bedeuten, dass das Scheichtum damit rechnen kann, dass immer mehr chinesische Unternehmen an der industriellen Diversifizierung des Landes teilhaben werden“, erklärte er.

In dem im Juni zu Ende gegangenen Wirtschaftsjahr beliefen sich Chinas Exporte nach Katar auf 329 Mio US-Dollar und die Einfuhren kamen auf einen Wert auf von 1,39 Mrd Dollar. Die Teilnahme an der Seidenstraßen-Initiative Beijings helfe Katar, sich als „wirtschaftliches Drehkreuz“ am Persischen Golf und insbesondere als Transportzentrum zu positionieren, erklärte Al-Hajri.

Das staatliche Unternehmen QatarEnergy schloss im Juni einen Vertrag über den Verkauf von 4 Mio t LNG an China über einen Zeitraum von 27 Jahren ab - eines der größten Geschäfte zwischen der Volksrepublik und dem Nahen Osten überhaupt, sagte Al-Hajri.

Eine von China entworfene Solaranlage, die im November in Katar eingeweiht wurde, soll zu mehr Zusammenarbeit in diesem Sektor führen, so der Generalkonsul. Die 800-MW-Photovoltaikanlage, das erste Kraftwerk ohne fossile Brennstoffe im Scheichtum, wurde von PowerChina Guizhou Engineering gebaut, so der chinesische Staatsrat auf seiner Website.

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE / LOGISTIK: DHL ÜBERNIMMT JOINT VENTURE DANZAS VOLLSTÄNDIG

Die DHL Group übernimmt ihr Logistik-Joint-Venture Danzas AEI Emirates mit Sitz in Dubai vollständig, um ihre Position in der Region zu stärken. DHL Global Forwarding, der Luft-, See- und Landfrachtspezialist des Konzerns, hat eine Vereinbarung zum Erwerb der verbleibenden Danzas-

Anteile in Höhe von 60% von der Investment Trading Group unterzeichnet. Finanzielle Einzelheiten nannte DHL nicht.

Danzas ist in erster Linie auf Logistik- und Transportdienstleistungen für Dubai und die nördlichen Emirate spezialisiert. Die vollständige Integration von Danzas werde DHL Global Forwarding dabei helfen, das profitable Wachstum in den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Golf-Kooperationsrat und der Region Naher Osten und Asien weiter zu beschleunigen.

Welt

WELT / BERGBAU: AUS ALT MACH NEU

Unternehmen, die ihre Vorräte an kritischen Metallen aufstocken wollen, hoffen auf die Wiedereröffnung von stillgelegten Bergbaustandorten. Denn im Zuge der Energiewende werden zwar weltweit Milliarden von Dollar in neue Bergbauprojekte gesteckt.

Doch die Erschließung von neuen Standorten erweist sich oft als große Herausforderung.

In den vergangenen Jahren haben Regierungen und Unternehmen Projekte mit kritischen Mineralien gefördert, um die steigende Nachfrage nach Batterien, Elektrofahrzeugen, erneuerbaren Energien und Elektrifizierungsinfrastruktur zu decken. Doch die Entwicklung neuer Minen dauert oft viele Jahre - vor allem, wenn sie auf starken lokalen Widerstand stößt. Verzögerungen könnten auch die Bemühungen der politischen Entscheidungsträger um eine Diversifizierung der Lieferketten behindern. Trotz der jüngsten Investitionsankündigungen drohen Versorgungsengpässen.

Laut S&P Global Market Intelligence dauert es durchschnittlich 15,7 Jahre von der Entdeckung eines Vorkommens bis zur kommerziellen Produktion, wobei die tatsächlichen Zahlen zwischen sechs und 32 Jahren schwanken. Die Wiedereröffnung stillgelegter Minen kann zwar ebenfalls eine Herausforderung darstellen. Doch in vielen Fällen dürfte der Prozess schneller und einfacher sein, weil sich Anwohner einer stillgelegten Mine häufig noch an die wirtschaftlichen Vorteile erinnern, die der Betrieb mit sich brachte.



Unternehmen investieren in die Wiedereröffnung stillgelegter Bergwerke

Ein Unternehmen, das eine Wiederinbetriebnahme anstrebt, ist das in Schweden ansässige Bergbauunternehmen Bluelake Mineral. In den Bergen Nordnorwegens soll die Joma-Mine wiedereröffnet werden.

Bluelake ist aber nicht das einzige Unternehmen - der Trend ist weltweit zu beobachten. In den USA arbeitet Perpetua Resources an einem Gold- und Antimon-Bergbauprojekt in Idaho, Resolution Copper hofft auf die Wiedereröffnung einer Mine in Arizona und MP Materials hat ein Seltenerd-Bergwerk an der Grenze zwischen Kalifornien und Nevada wiederbelebt. Auch in Deutschland und Italien sind bereits solche so genannten Brownfield-Projekte geplant.

Ansässige Gemeinde stimmte für Joma-Projekt

Der Plan von Bluelake zur Wiedereröffnung der Kupfer-Zink-Mine Joma in Norwegen läuft seit gerade einmal sechs Jahren. Im vergangenen Monat erhielt das Unternehmen elf von elf Stimmen für den Flächennutzungsplan der Mine von der Gemeindeverwaltung von Røyrvik. Nach norwegischem

Recht ist die Genehmigung der Gemeinde entscheidend für die Wiedereröffnung. Das Bergwerk soll nach Angaben des Unternehmens nun für mindestens die nächsten 20 Jahre betrieben werden. Peter Hjorth, CEO von Bluelake, sagte, dass einer der Hauptgründe, warum seine und andere Brownfield-Projekte derzeit grünes Licht erhalten, darin liegt, dass die Zerstörung von neuem Land vermieden werden soll. "Die Herausforderung für uns bestand in der Genehmigung und auch darin, eine soziale Lizenz für das Projekt zu erhalten", berichtet CEO Hjorth. Als Brownfield-Projekt habe Joma den Vorteil, die Abfälle der neuen Mine, sogenannte Tailings, unterirdisch in alten Tunneln zu lagern, die vom früheren Bergbau übrig geblieben sind, wodurch gefährliche Tailing-Dämme vermieden werden.

Gute Chancen für alte US-Minen

Auch in den USA wird der Brownfield-Bergbau trotz vieler Herausforderungen als Möglichkeit gesehen, die Rohstoffversorgung zu sichern, insbesondere in Bereichen wie Verteidigung und Energie. Perpetua Resources etwa plant die Wiedereröffnung einer ehemaligen Goldmine in Zentral-Idaho, etwa fünf Autostunden von Boise entfernt.

Das Unternehmen erhält dafür viel Zustimmung vor Ort, zum Teil deshalb, weil seine Pläne auch die Beseitigung von Abraumhalden umfassen, die vor mehr als einem halben Jahrhundert entstanden und aus denen Chemikalien wie Arsen in den angrenzenden Fluss auslaufen.

"Der Wandel, den wir in den Vereinigten Staaten beobachten, ist die wachsende Erkenntnis, dass wir die Lieferketten sichern müssen. Und eine Möglichkeit, dies zu tun, besteht darin, den Bergbau nach Hause zu holen", sagte McKinsey Lyon, Vizepräsident für Public Relations bei Perpetua.

Doch selbst mit einem potenziell schnelleren Genehmigungsverfahren bleibt auch die Eröffnung einer Brownfield-Mine kostspielig. "Der Vorteil einer Brownfield-Mine besteht darin, dass man einen bekannten Standort mit einem bekannten Erzkörper hat", erläutert James Litinsky, CEO von MP Materials. Er warnte jedoch, dass auch diese "sehr kapitalintensiv und schwierig zu betreiben" seien. Als MP seine Seltenerd-Brownfield-Mine im Jahr 2017 erwarb, verfügte das Unternehmen zwar über eine Genehmigung, das Bergwerk selbst war aber in baufälligem Zustand und die Grube überflutet. MP-CEO Litinsky investierte zunächst einmal 2 Mio US-Dollar, um die Bergbaugenehmigung für den Standort aufrechtzuerhalten, während er einen Abbauplan erstellte und ein Geschäftsmodell entwickelte. MP verkaufte dann sogar Material im Voraus, um Mittel zu generieren, die nötig waren, um den Standort betriebsbereit zu machen.

Nachdem MP dann im vergangenen Quartal über 10.000 t Seltenerdoxid gefördert hat, investiert das Unternehmen nun auch in Raffinerieanlagen - die ersten in den USA.

Die Wiedereröffnung von stillgelegten Minen scheint eine gute Möglichkeit, die Versorgung mit wichtigen Metallen rascher zu erweitern. Auch wird durch die Nutzung bereits erschlossener Minenflächen die Zerstörung neuer Gebiete vermieden, argumentiert Jeremy Richardson, Wissenschaftler und Politikanalyst beim Rocky Mountain Institute.

WELT / INFORMATIONSTECHNOLOGIE: FAKE-PRESIDENT-BETRUG WIEDER IN MODE

Wirtschaftskriminelle surfen weiterhin auf der Home-Office-Welle und "Social Engineering" bleibt bei Betrügern ein Kassenschlager. Besonders die Betrugsmasche Zahlungsbetrug (Payment Diversion), bei der Zahlungsströme umgeleitet werden, verzeichnete 2022 laut der Allianz Trade in Deutschland Schadensstatistik mit 29% mehr im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Anstieg bei den Fallzahlen.

Bei der Höhe der Schäden war es mit plus 33% sogar ein Drittel mehr als noch 2021. Der Trend hält auch im bisherigen Jahresverlauf an: 2023 dürften die Fallzahlen nach Schätzungen von Allianz Trade auf Basis des bisherigen Jahresverlauf um weitere rund 15% zunehmen, bei den von Unternehmen gemeldeten Schäden um 21%.

Gemeldete Schäden deutlich erhöht

"Spannend ist, dass Fake-President-Betrugsfälle bei Wirtschaftskriminellen wieder in Mode kommen", sagt Rüdiger Kirsch, Betrugsexperte bei Allianz Trade. "In den letzten Jahren haben

Fallzahlen stagniert und die durchschnittliche Schadenshöhe ist sukzessive gesunken. Nun deutet sich hier eine Trendwende an: 2022 gab es 15% mehr Fälle als im Vorjahr und die gemeldeten Schäden stiegen sogar um 38%. 2023 zeichnet sich bisher ein ganz ähnliches Bild mit plus 17% bei den Fallzahlen und plus 24 bei den gemeldeten Schäden der Unternehmen.

Die meisten Fälle liefen nach dem ganz klassischen Schema ab - waren aber sehr gut gemacht. Und das war noch vor ChatGPT. Mit neuen KI-Anwendungen dürfte es für Betrüger noch leichter werden, den richtigen Ton zu treffen und die Mitarbeitenden so zu manipulieren, dass sie entsprechende Zahlungen anweisen."

Die meisten und vor allem die größten Schäden richten allerdings noch immer die sogenannten "Innentäter" an, also die eigenen Mitarbeitenden eines Unternehmens. Das Verhältnis hat sich zuletzt laut Allianz Trade Schadensstatistik allerdings verschoben - insbesondere bei den Fallzahlen: 2022 haben Innentäter rund 57% der Fälle verursacht und waren für zwei Drittel (73%) der Schäden verantwortlich.

2023 waren es im bisherigen Jahresverlauf mit 51% nur noch gut die Hälfte der Fälle, aber weiterhin 69% der gemeldeten Schäden. Die höchsten Schäden richten laut der Statistik weiterhin gut ausgebildete männliche Führungskräfte, etwa Mitte 40 an, die seit mindestens 10 Jahren im Unternehmen sind.

Weißer Weste als Grundvoraussetzung

"Wirtschaftsstrafäter sind „Latecomer to crime“, also Spätzünder bei der kriminellen Karriere", sagt Prof. Dr. Hendrik Schneider, Rechtswissenschaftler und Kriminologe. "Das hat mehrere Gründe. Ein Uni-Absolvent hätte zum Beispiel gar nicht die Befugnisse, Transaktionen mit hohen Geldbeträgen anzuweisen. Ein Manager mit langer Betriebszugehörigkeit weiß hingegen, wie der Hase läuft, wo Nischen und Kontrolldefizite sind und hat die notwendigen Befugnisse.

Da ist bei dem einen oder anderen die Verlockung groß, eine günstige Gelegenheit auszunutzen. In eine solche Führungsposition kommen allerdings nur selten Menschen, deren polizeiliches Führungszeugnis Eintragungen aufweist. Das heißt: Eine bis dato weiße Weste ist für die Weiße-Kragen-Täter die Grundvoraussetzung."

Vier Tätertypen festgestellt

Grundsätzlich lassen sich die Wirtschaftskriminellen in zwei Kategorien und in vier Tätertypen einordnen. Zum einen gibt es einen Unterschied zwischen Gelegenheitssuchern und Gelegenheitsergreifern. Die einen suchen proaktiv nach Schwachstellen und die anderen reagieren auf eine Gelegenheit. Hinzu kommen personale Risikofaktoren.

"Wir unterscheiden vier Tätertypen: Der Täter mit einem wirtschaftskriminologischen Belastungssyndrom (WKB), der Krisentäter, der Abhängige und der Unauffällige", sagt Schneider. "Auch bei der Frequenz gibt es einige Unterschiede. Das erste Mal ist entweder tatsächlich eine einmalige Sache - oder aber ein Schrittmacher in die Kriminalität.

Beim ersten Mal ist die Hemmschwelle oft hoch. Aber es gibt ein Erfolgslernen und einen Gewöhnungseffekt. Je öfter man lügt oder betrügt, desto geringer ist das Unwohlsein. Irgendwann läuten die Alarmglocken nicht mehr und es läuft dann quasi von selbst. Solange die Fassade und die Tarnung intakt sind, merken Täter oft gar nicht, wie kriminell sie sind, weil es sich durch dieses schrittweise Abrutschen gar nicht so kriminell anfühlt - das kommt oft erst beim Gerichtsprozess."

Dieses Erfolgslernen deckt sich mit der Allianz Trade Schadensstatistik: Zu Anfang werden häufig zum Beispiel eher kleinere Beiträge veruntreut - mit der Zeit und zunehmendem "Erfolg" werden kriminelle Energie und die Beträge zunehmend größer.

Typ 1: Der Abhängige

Der "Abhängige" ist in der Regel ein Mittäter und Handlanger eines dominanten Haupttäters, von dem er wirtschaftlich oder hierarchisch abhängig ist.

Typ 2: Täter mit WKB

Dieser Tätertyp lebt ein ungebremstes Leben im Augenblick nach der Devise "earning and burning money" und ist Teil einer "arbeitsplatzbezogenen Subkultur". Vielfach ereignen sich die Taten in einer biografischen Umbruchphase, die mit Kontrolldefiziten und mangelnder Einbindung einhergeht, zum Beispiel der Job im Ausland, Scheidung. Er ist ein Gelegenheitssucher, der jede sich bietende Möglichkeit sofort ergreift.

Typ 3: Der Unauffällige

Beim Unauffälligen ist die günstige Gelegenheit oft der einzige Auslöser: Die Verlockung war einfach zu groß. Dieser Tätertyp weist tatsächlich keine oder nur sehr geringe personale Risikofaktoren auf. Kommt die Tat ans Licht, überrascht das sein gesamtes Umfeld, weil er zuvor unauffällig und angepasst war und bei einem Risiko-Screening durchs Raster fallen würde.

Typ 4: Der Krisentäter

Die aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen können verstärkt zu ökonomischen Drucksituationen führen. Die Straftat stellt aus Sicht des Täters den einzigen Ausweg aus der finanziellen Krise dar. Weil die Tat mit seinem Selbstbild im Konflikt steht, helfen ihm Neutralisierungstechniken, um die inneren Wogen zu glätten, zum Beispiel "ich borge mir das Geld nur"; "den Schaden gleicht ja ohnehin die Versicherung aus".

Prävention ist ein Balance-Akt



Künstliche Intelligenz macht es auch Betrügern leichter

Bei der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität bleiben gute Kontroll- und Compliance-Systeme, saubere Prozesse und Sensibilisierungsmaßnahmen wie zum Beispiel Trainings für Unternehmen das A und O, denn sie minimieren die Tatgelegenheiten. Dabei ist es wichtig, permanent mitzudenken, welche neuen Risiken in Zukunft entstehen könnten, durch die Digitalisierung, zunehmende Cyberangriffe, neue Technologien, Künstliche Intelligenz wie beispielsweise ChatGPT.

"Das ist tatsächlich auch ein Generationen-Thema", sagt Schneider. "Deshalb ist es wichtig, auch junge, technologieaffine Mitarbeitende im Boot zu haben, die sich der damit verbundenen Risiken bewusst sind. Das gilt im Übrigen sowohl für Compliance als auch für Aufsichtsräte. Man kann auch einfach einen Selbsttest machen und es ausprobieren. Schicken sie doch mal eine ChatGPT-Mail in die eigene Organisation. Damit identifizieren sie gnadenlos die eigenen Schwachstellen bei Prozessen und Kontrollmechanismen. Sie können dann nachjustieren, bevor es zu finanziellen Schäden kommt."

Dennoch: Die Betrugsmaschen dürften sich in Zukunft ebenso rasant beschleunigen wie der technologische Fortschritt.

"KI-Anwendung eröffnen auch Kriminellen ganz neue Betrugshorizonte", sagt Kirsch. "Mussten sie zuvor noch relativ mühsam die notwendigen Informationen zusammensuchen, etwa durch Auspähen des Intranets, in sozialen Netzwerken oder Vishing-Anrufen an unterschiedlichsten Stellen im Unternehmen, findet mit ChatGPT eine deutliche Optimierung statt: Mitarbeiterbriefe, Intranet-Inhalte oder E-Mail-Korrespondenzen können hochgeladen und das System spuckt anschließend eine E-Mail mit einer gefälschten Zahlungsaufforderung im „CEO Style“ aus. Das hebt die Authentizität der Korrespondenz auf ein ganz neues Level und damit auch die Chancen, dass falsche Chefs erfolgreich sind."

Trotzdem gibt es Mittel und Wege, mit denen man Betrügern ganz leicht das Handwerk legen kann: Offenheit, eine gute Kommunikation und Fehlerkultur sowie flache Hierarchien. Ein kritisches Hinterfragen von Mitarbeitenden auch bei eiligen Zahlungsanweisungen ist essenziell, das Handeln "auf Autopilot" hingegen gefährlich.

„Ein Anruf beim echten Chef genügt, und der Betrug fliegt sofort auf", sagt Kirsch. "Doch auch Manager selbst haben wichtige Aufgaben bei der Prävention. Das reicht von einem vernünftigen Umgangston und Führungsqualitäten bis zur klar kommunizierten Selbstverpflichtung, keine Überweisungsaufträge per Telefon oder Video-Calls zu erteilen - und vor allem sich anschließend auch daran zu halten."

WELT / KONJUNKTUR: UNTERNEHMENSINSOLVENZEN STEIGEN 2023 UM 6%



Die anhaltenden Schocks auf den Märkten fordern Opfer unter den Firmen

Allianz Trade hat aktuelle Insolvenzprognosen für 2023 und 2024 veröffentlicht. Der weltweit tätige Kreditversicherer geht von einem Anstieg der Insolvenzen im Jahr 2023 um 6% und im Jahr 2024 um 10% aus. Was steckt hinter dieser Beschleunigung? Die Rezession gewinnt angesichts der geringeren Preissetzungsmacht und der schwächeren globalen Nachfrage an Zugkraft: Im zweiten Quartal ist die Umsatzrezession zum ersten Mal seit Mitte 2020 auf breiter Basis über alle Regionen hinweg zu beobachten (minus 1,9% gegenüber 2022). In Verbindung mit anhaltend hohen Kosten drückt dies auf die Rentabilität. „Die Unternehmen verfügen immer noch über eine beträchtliche Menge an überschüssiger Liquidität, 3,4 Bill Euro in der Eurozone und 2,5 Bill Dollar in den USA.

Diese Puffer sind jedoch nach wie vor stark in den Händen großer Konzerne und in bestimmten Sektoren wie Technologie und zyklische Konsumgüter konzentriert. Und im Allgemeinen sind die meisten Firmen nicht in der Lage, ihre liquiden Mittel im Kontext eines länger anhaltenden geringeren Wirtschaftswachstums durch operative Maßnahmen zu erhöhen. Insgesamt erwarten wir einen zweimaligen Anstieg der globalen Unternehmensinsolvenzen, mit plus 6% im Jahr 2023 und plus 10% im Jahr 2024, nach plus 1% im Jahr 2022“, erklärt Aylin Somersan Coqui von Allianz Trade.

„Gleichzeitig verringern die längerfristig höheren Zinsen die Nachfrage und werden die Solvenz in hoch verschuldeten Sektoren auf beiden Seiten des Atlantiks unter Druck setzen. Darüber hinaus liegen die weltweiten Working Capital Ratios derzeit bei einem Rekordhoch von 86 Tagen, mehr als plus 2 Tage über dem Niveau vor der Pandemie. Höhere Zinssätze machen es für Unternehmen noch teurer, einen strukturell höheren Betriebskapitalbedarf zu finanzieren, was Risiken für Sektoren

wie das Baugewerbe und den Maschinen- und Fahrzeugbau birgt“, erklärt Maxime Lemerle von Allianz Trade.

Ende 2023 wird die Normalisierung der Insolvenzen in den meisten westlichen Ökonomien abgeschlossen sein, und 55% der Länder potenziell einen starken zweistelligen Anstieg verzeichnen. Dazu gehören die USA (47%), Frankreich (36%), die Niederlande (59), Japan (35) und Südkorea (41). Weltweit werden drei von fünf Ländern bis Ende 2024 das Vorpandemie-Niveau erreichen, darunter die USA und Deutschland.

„Die globalen Forderungslaufzeiten liegen bei 47% der Firmen bereits bei über 60 Tagen. Ein zusätzlicher Tag Zahlungsverzug entspricht einer Finanzierungslücke von 100 Mrd US-Dollar in den USA, 90 Mrd Dollar in der EU und 140 Mrd Dollar in China. Da die Bankkredite für KMU bereits versiegen, könnte die Schließung dieser Finanzierungslücke eine große Herausforderung darstellen“, erklärt Somersan Coqui. In Deutschland setzt sich die Normalisierung indes fort. „Wir sehen 2023 einen deutlichen Anstieg der Insolvenzen in Deutschland“, sagt Milo Bogaerts von Allianz Trade. „Letztlich ist es aber eine Rückkehr zur Normalität: Am Jahresende dürften die Insolvenzen weiterhin rund 5% unterhalb des Niveaus von vor der Pandemie 2019 liegen und dieses erst nach einem weiteren Anstieg im kommenden Jahr überschreiten.“

WELT / MASCHINENBAU: ABSATZ VON SERVICE-ROBOTERN STEIGT UM 48%

Die Zahl der Service-Roboter für den professionellen Einsatz ist weltweit um 48% auf insgesamt 158.000 verkaufte Einheiten gestiegen. Personalmangel veranlasst viele Unternehmen dazu, mit Service-Robotern zu automatisieren. Die International Federation of Robotics (IFR) hat weltweit fast 1.000 Anbieter von Servicerobotern identifiziert, die automatisierte Dienstleistungen anbieten. Auf mobile Roboterlösungen in Transport und Logistik entfällt der größte Marktanteil: Mehr als jeder zweite professionelle Service-Roboter wird für den Transport von Waren oder Gütern eingesetzt.



Mehr als jeder zweite Roboter wird im Transport- und Logistiksektor eingesetzt

Mit gut 86.000 verkauften Einheiten stieg der Absatz im Jahr 2022 in diesem Segment um 44%. Besonders dynamisch entwickelten sich der Absatz von Robotern, die in offenen Innenräumen mit Publikumsverkehr arbeiten: Die Zahl stieg um 78% auf knapp 37.300 verkaufte Einheiten. Viele dieser Roboter werden für die Lieferung von Speisen und Getränken in Restaurants eingesetzt.

Roboter im Hotel- und Gastgewerbe erfreuen sich einer stark steigenden Nachfrage: Im Jahr 2022 werden mehr als 24.500 Einheiten (plus 125%) verkauft. Roboter als mobile Stationen für Informationen und Telepräsenz machen den Großteil dieser Sparte aus.

Die Verkäufe von Medizinrobotern gingen um 4% auf etwa 9.300 Stück zurück. Fast 4.900 Operationsroboter (plus 5%) wurden verkauft, der Absatz jenen für die Rehabilitation und nichtinvasive Therapie fiel aber um 16% auf 3.200 Stück.

Der Absatz von Robotern in der Landwirtschaft stieg mit fast 8.000 ausgelieferten Einheiten um 18%. Mehr als 5.800 Roboter (plus 9%) wurden für landwirtschaftliche Aufgaben wie Melken und Stallreinigung verkauft. Der Mangel an Arbeitskräften in landwirtschaftlichen Regionen und der

Trend zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft machen Service-Roboter zu einem wichtigen Akteur auf diesem Markt.

Die Zahl der professionellen Reinigungsroboter stieg um 8% und erreichte fast 6.900 verkaufte Einheiten. Bodenreinigung ist hier mit einem Plus von 10% und 4.900 verkauften Robotern die am stärksten nachgefragte Anwendung. Dies entspricht mehr als 70% der Auslieferungen in dieser Anwendungsgruppe.

Service-Roboter für den privaten und häuslichen Einsatz werden in sehr großen Stückzahlen für einen großen Verbrauchermarkt produziert. Damit unterscheidet sich dieses Segment sehr deutlich von dem für den professionellen Einsatz. Zum Vergleich: 5,1 Mio verkaufte Einheiten im Konsumentensegment stehen 2022 insgesamt 158.000 verkauften Einheiten im professionellen Einsatz gegenüber.

Die stärkste Nachfrage privater Konsumenten gibt es derzeit für Haushaltsroboter: Knapp 4,9 Mio Roboter wurden 2022 verkauft. Mit rund 2,8 Mio verkauften Einheiten ist die Bodenreinigung wichtigstes Einsatzgebiet. Insbesondere Staubsaugerroboter sind in Privathaushalten schon seit vielen Jahren etabliert. Abgesehen von konjunkturellen Schwankungen prognostiziert die IFR-Statistikabteilung für die nächsten Jahre ein Wachstumspotenzial im niedrigen zweistelligen Bereich.

WELT / ROHSTOFFE: OPEC RECHNET MIT LANGFRISTIG STEIGENDER ÖLNACHFRAGE

Die Organisation Erdöl exportierender Länder rechnet damit, dass die weltweite Nachfrage nach Öl bis zur Mitte des Jahrhunderts zunehmen wird. Wie aus dem jetzt veröffentlichten OPEC-Jahresbericht zu langfristigen Trends am Energiemarkt hervorgeht, sieht die Organisation die weltweite tägliche Ölnachfrage 2045 bei 116 Mio bpd. Die Prognose für 2025 wurde auf 106,1 Mio bpd (zuvor: 105,5) angehoben und die Prognose für die bis 2045 notwendigen Investitionen auf 14 Bill US-Dollar (12) . 2022 hatte die Ölnachfrage bei 99,6 Mio Barrel gelegen.

In einem Alternativszenario plant die OPEC mit einem beschleunigten Einsatz erneuerbarer Energien, der die Ölnachfrage deutlich senken würde. In einem anderen Szenario erwartet sie ein Nachlassen der weltweiten Bemühungen zur Reduzierung der Kohlenstoffemissionen, was das Wirtschaftswachstum ankurbeln und die Ölnachfrage in die Höhe treiben könnte.

WELT / STEUERN: OECD SIEHT „BREITEN KONSENS“ FÜR INTERNATIONALE REFORM

Die OECD sieht die Reform für eine faire Verteilung der Steuergewinne durch internationale Unternehmen auf der Zielgeraden. Die Organisation veröffentlichte den Entwurf einer entsprechenden Vereinbarung, zu der es unter den 140 beteiligten Staaten einen „breiten Konsens“ gebe. Unterschriftsreif sei der Text aber noch nicht, weil einige Länder, darunter Indien, Brasilien sowie Kolumbien, noch Vorbehalte hätten.

Eine vorläufige Einigung vom Juli sieht vor, dass Unternehmen künftig dort Steuern zahlen, wo sie die entsprechenden Gewinne generieren. Diese Regelung zielt vor allem auf die großen Internetkonzerne ab. Betreffen soll sie Konzerne mit einem weltweiten Umsatz von mehr als 20 Mrd Euro - das wären rund 100 Konzerne.

Insgesamt sollen so laut OECD jedes Jahr rund 200 Mrd US-Dollar umverteilt werden, wobei zusätzliche Steuereinnahmen zwischen 17 und 32 Mrd Dollar entstehen würden.